Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. Streik usw. besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 169 — **Montag, den 21. Juli 1924** — **164. Jahrgang**

Annahme des Sanktions-Kompromisses.

Das Ende der Sanktionsgefahr??

London, 20. Juli. Ueber den Stand der Arbeiten des ersten Konferenzausschusses berichtet der „Observer": Der erste Konferenzausschuß hat gestern seine Beratungen beendet und ist imstande, der Konferenz einen einstimmigen Bericht zu unterbreiten. Er hat Hughes' Vorschlag finanzieller an Stelle politischer Garantien für die Bondsinhaber angenommen und beschlossen, daß im Falle der Erklärung eines deutschen Verzugs der Generalagent für Reparationszahlungen und ein Vertreter der Bondsinhaber befragt werden, bevor Sanktionen ergriffen werden, durch welche Entscheidung die britische Regierung dann vollauf befriedigt (!) ist. Der Ausschuß hat ferner beschlossen, daß

zwecks Verwirklichung des Dawes-Berichtes

keiner der Alliierten in keinem Falle besondere Sanktionen ergreifen darf, während wieder die Alliierten für alle anderen Angelegenheiten, die außerhalb des Dawesplanes liegen, ihre ihnen durch die Artikel 17 und 18 des Anhanges 2 des Teiles 8 des Versailler Vertrages gegebenen Rechte vollauf behalten. (!!) Der Berichterstatter bemerkt hierzu, es sei nicht wahrscheinlich, daß außerhalb des Dawesplanes eine Lage entsteht, die die Reparation in Mitleidenschaft ziehen werde, weshalb die gefundene Lösung der strittigen Punkte befriedigend sei.

London, 21. Juli. Wie Reuter erfährt, dürfte **die Auffassung der maßgebenden französischen Kreise** in London über den Fortschritt der Konferenz folgende sein: Frankreich ist vornehmlich an einem Erfolg der Konferenz interessiert, der nach seiner Ansicht für Frankreich wie für England durchaus nötig ist. Ihr Zusammenarbeiten ist wesentlich, um die Unterstützung Amerikas zu sichern. Dies ist die einzige Politik, die zu einem Wiederaufbau Europas führen wird. Frankreich ist durchaus willens, Deutschland hilfreich die Hand zu bieten. Was tatsächlich zu erstreben ist, ist eine Entente mit Großbritanien und eine Entspannung mit Deutschland. Das eine muß indes betont werden, daß die öffentliche französische Meinung darauf besteht, den Versailler Vertrag so genau wie möglich durchzuführen. Der von Logan vorgeschlagene Plan der Hinzuziehung eines amerikanischen Mitgliedes zur Repko bestätigt den französischen Standpunkt und erhält gleichzeitig die Kommission in ihrer ursprünglichen Form. Was einen möglichen Verzug durch Deutschland betrifft, so besteht darüber die einmütige Auffassung, daß dieser von der Reparationskommission und den Regierungen selbst festgestellt wird. Was jetzt nötig ist, sind finanzielle Garantien. Der Kernpunkt des Dawesplanes ist die Anleihe. Frankreich ist der Ansicht, daß der Dawesplan in dem Augenblick, wo die Bankiers die Anleihe unterzeichnen, wirksam wird. **Gestern nachmittag erklärte Herriot, daß er durchaus zufriedengestellt sei über den Fortschritt, der durch den einmütigen Beschluß des ersten Komitees im einzelnen erzielt worden sei.** Das zweite Komitee, das die französischen und belgischen Berichte prüfte, kam im Laufe des Nachmittags zu der Ansicht, daß noch einige technische Einzelheiten der Aufklärung bedürfen. Es wurde beschlossen, sie einem Unterausschuß zu unterbreiten, der nun am gestrigen Sonntag tagüber verhandelt hat und heute dem Hauptausschuß darüber berichten wird.

Der „Temps" erblickt vier Vorteile.

Paris, 21. Juli. Der „Temps" erblickt in dem vorgestern abgeschlossenen Kompromiß in der Frage der Sanktionen und Verfehlungen vier Vorteile. Es verhindere vor allem den Zusammenbruch des Systems Dawes, es führe die Vereinigten Staaten wieder an die Seite der Alliierten, es enthalte eine allgemeine Verpflichtung der Alliierten die sich das Versprechen gaben, gemeinsam und rasch wirkungsvolle Sanktionen zu ergreifen, um jeder Verfehlung Deutschlands zu begegnen.

Auch im zweiten Komitee Einigkeit.

London, 21. Juli. Ebenso wie Havas berichtet auch Reuter, daß die Unterkommission des zweiten Komitees, die sich mit der Frage der wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands zu beschäftigen hat, in ihren Arbeiten wesentliche Fortschritte gemacht hat und daß Aussicht vorhanden ist, daß schon Sonntag abend (also gestern) oder aber heute vormittag eine Einigung erzielt wird. Die andere von dem zweiten Komitee eingesetzte Unterkommission, die die Frage der Eisenbahnen an Rhein und Ruhr behandelt, ist, wie Reuter erfährt, zu keinem endgültigen Beschluß gekommen und wird dem Komitee nur einen Bericht über ihre Arbeiten unterbreiten. Reuter zufolge wird erwartet, daß die Konferenz heute eine Vollsitzung abhalten wird, sobald die erste Unterkommission Bericht erstattet hat. Die wichtigste Frage, die die Konferenz noch zu entscheiden hat, ist die Frage der Erlangung der deutschen Einwilligung. Diese Frage ist dem Vernehmen nach bisher noch nicht angeschnitten worden.

„Ein wirklicher Erfolg."

Paris, 21. Juli. Der belgische Premierminister Theunis hat dem Sonderberichterstatter des „Intransigeant" eine Unterredung gewährt, in deren Verlauf er sagte, die Entscheidung der ersten Konferenz betrachte er als einen wirklichen Erfolg. Sie lasse einen guten Verlauf der ganzen Konferenz voraussehen. Es scheine, daß man jetzt zum Ziel gelange und daß das Reparationsproblem endlich die Lösung finden werde, die man seit langem gesucht habe. Der vorgestrige Tag werde in den Annalen des Friedens verzeichnet werden. Eine neue Atmosphäre sei geschaffen. Man nehme an, daß die Deutschen guten Willen zeigen würden.

Deutschlands Stellung zur Sanktionsfrage.

Zu den auf der Londoner Konferenz gemachten Vorschlägen della Roccas und des Gegenvorschlages Snowden wird der dem Außenminister Stresemann nahestehende „Zeit" von besonderer Seite geschrieben: Diese Vorschläge müßten deutscherseits mit größter Besorgnis betrachtet werden. Es ist unverständlich, wenn man sich auf der Gegenseite vorstellt, daß die Aenderung derartig elementarer Vertragsbestimmungen durch einen einseitigen Beschluß der Alliierten auf Grund des Artikels 22 überhaupt möglich sei. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Vertrag hinaus beschließen. Der englische Vorschlag sucht zwar den französischen zu verbessern, ist aber ebenfalls äußerst bedenklich. Auch er läßt territoriale Sanktionen grundsätzlich zu. Das steht in frappantem und völlig unverständlichem Widerspruch zu der englischen Rechtsauffassung wie sie in der englischen Note vom 11. August 1923 im besonderen niedergelegt ist. **Eine derartig grundsätzliche Anerkennung territorialer Sanktionen wäre für die deutsche Auffassung schlechterdings unannehmbar.** Es ist ferner äußerst bedenklich, daß auch der englische Vorschlag nicht mehr zum Ausdruck bringt, daß nach Feststellung der deutschen Verfehlungen Sanktionen gegen Deutschland nur von allen Alliierten gemeinsam beschlossen werden dürfen. Dadurch wird mindestens die These Herriots anerkannt wonach Frankreich seine Handlungsfreiheit behält, wenn eine Alliiertenverständigung nicht erzielt wird. Die Fragen sind von solcher Bedeutung, daß sie die Oeffentlichkeit in hohem Maße bewegen müssen, **da von der endgültigen Entscheidung dieser Punkte auch die Stellung der deutschen Regierung zum Sachverständigengutachten mit beeinflußt wird.**

Bedingungslose Annahme gefordert.

Newyork, 21. Juli. In einem Artikel des „Wallstreet Journal" wird ausgeführt, es könne nicht bestimmt genug erklärt werden, daß die amerikanischen Bankiers nicht die deutsche Goldnotenbank, wie im Dawesbericht vorgesehen, unterstützen würden, falls Deutschland nicht den Dawesbericht bedingungslos annehme.

Die Einladung an Deutschland.

London, 21. Juli. „Observer" schreibt: Die Ausschußberichte werden voraussichtlich alle Mitte der Woche vorliegen. Die Alliierten würden dann in der Lage sein, die deutschen Vertreter zu Rate zieher. Wenn Deutschland annehme, könne ein Protokoll unterzeichnet werden und die erste befriedigende Konferenz nach dem Kriege werde beendet sein.

Paris, 21. Juli. Die Londoner Sonderberichterstatter der Morgenpresse nehmen im allgemeinen an, **daß am nächsten Mittwoch die Deutschen zur Teilnahme an der Londoner Konferenz eingeladen werden.** Der Berichterstatter des „Matin" glaubt, daß in diesem Fall schon diese Woche das Schlußprotokoll der Sitzung zustandekommen werde.

* * *

Das Vermögen der preußischen Krone.

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums im Preußischen Landtag haben einen Gesetzentwurf beantragt, wonach die durch die Bekanntmachung der preußischen Regierung vom 13. und 30. November 1918 angeordnete Beschlagnahme der zum Vermögen des vormaligen preußischen Königshauses gehörigen Gegenstände insoweit aufgehoben wird, als diese Gegenstände durch rechtskräftiges Urteil oder durch Anerkennung des preußischen Staatsministeriums als zum Sondervermögen des vormaligen Königs von Preußen, des vormaligen königlichen Hauses oder seiner Mitglieder gehörig festgestellt sind oder künftig festgestellt werden.

Das Urteil im Königsberger Kommunistenprozeß.

Königsberg i. Pr., 21. Juli. Das im Kommunistenprozeß Kalcher und Genossen gestern vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gefällte Urteil lautet für Delvendahl auf sieben Jahre Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe, für Kalcher auf sechs Jahre Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, für Seibold auf fünf Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, für die übrigen sieben Angeklagten auf zwei Monate bis zu vier Jahren Gefängnis und 200 bis 400 Mark Geldstrafe. Zu der Urteilsbegründung wird u. a. gesagt: Seit September v. Js. war die KPD. illegal und daher eine staatsfeindliche Verbindung, die den Plan hatte, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Es ist in der gegenwärtigen Verhandlung festgestellt worden, daß dies Ziel auch in Ostpreußen durch die Angeklagten verwirklicht werden sollte. Auf Zuchthaus mußte bei den Hauptangeklagten erkannt werden, weil Paragr. 7 des Republikschutzgesetzes die schweren Strafen anbefiehlt, obwohl d. Staatsgerichtshof nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Angeklagten aus ehrloser Gesinnung gehandelt haben. Andererseits war es oberstes Gesetz, die vom Reiche abgegrenzte Provinz Ostpreußen mit allen Kräften zu schützen.

Das bedrohte Deutschtum in Südslawien.

Wien, 20. Juli. Wie dem „Achtuhrabendblatt" aus Belgrad gemeldet wird, ist zwischen der südslawischen Regierung und der Vertretung der deutschen Minoritäten im südslawischen Staate ein schwerer Konflikt entstanden. Die deutschen Minderheitsvertreter haben von jeher die Forderung nach Herausgabe der Schulen erhoben, die seinerzeit vom Deutschen Schulverein auf altösterreichischem Gebiete errichtet worden waren. **In letzter Zeit hat sich die Lage zu ungunsten der Deutschen verändert. Die südslawische Regierung ist namentlich wegen der oppositionellen Haltung der deutschen Abgeordneten im südslawischen Staate mißgestimmt und soll entschlossen sein, die schon in die Wege geleitete Herausgabe der deutschen Schulen rückgängig zu machen.**

Rücktrittsabsichten Degouttes.

Essen, 20. Juli. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, wird unbestätigten Gerüchten zufolge der Oberkommandierende der Rheinarmee General Degoutte, demnächst von seinem Posten zurücktreten und durch General Ge-

Zweierlei Recht.

Bekanntlich schulden die Alliierten den Vereinigten Staaten von Nordamerika außerordentlich hohe Summen. Auf Dollar zurückgeführt betragen diese z. B. bei England 4,6 Milliarden, bei Frankreich 3,1 Milliarden, bei Italien 1,7 Milliarden und bei Belgien 0,7 Milliarden Dollar. (Unsere Belastung aus dem Sachverständigengutachten läßt sich auf einen Gegenwartswert von ca. 10 Milliarden Dollar zurückführen, wobei allerdings zu beachten ist, daß wir bisher schon Leistungen in mindestens der gleichen Höhe ausgeführt haben.) Alle Staaten mit Ausnahme von England behaupten, daß ihnen eine Rückzahlung dieser Kapitalien völlig unmöglich sei, und daß sie auch nicht einmal die Zinsen aufbringen könnten. Besonders temperamentvoll hat immer Frankreich diesen Standpunkt vertreten. Dabei befindet sich die Wirtschaft Frankreichs in einem durchaus befriedigenden Zustand. Der Gewinn Elsaß-Lothringens, die Einbeziehung des Saargebietes und Luxemburgs in die französischen Wirtschaftsinteressen brachten ihm nicht nur reiche Bodenschätze, sondern auch große, von Deutschland aufgebaute Industrien. Der in modernster Weise durchgeführte Wiederaufbau von 22 000 Fabriken und ihre Ausrüstung mit den neuesten Maschinen hat die Erzeugungskraft von Nordfrankreich stark erhöht. Frankreich ist das Land, das über die wenigsten Arbeitslosen verfügt, dessen Industriebevölkerung die bestbeschäftigte und dessen Erzeugung auf den meisten Gebieten nur durch den Menschenmangel beeinflußt ist. England hat mit den Ver. Staaten ein Abkommen getroffen, nach dem die Rückzahlung seiner Schuld von 4,6 Milliarden Dollar (75 Millionen Dollar haben die Amerikaner abgelassen) auf 62 Jahre verteilt werden soll. Die Zinsleistung soll in den ersten 10 Jahren 3 Prozent und von da ab 3,5 Prozent betragen; die Tilgung soll angemessen vom 1. bis 62. Jahre steigen, in welchem sie 175 Millionen Dollar betragen wird. Durchschnittlich wird sich die Jahresbelastung an Zinsen und Tilgung für die nächsten 10 Jahre auf 160 Millionen Dollar und in den folgenden Jahren auf rund 180 Millionen Dollar belaufen. Mehr und schneller zu zahlen, hat sich England außerstande erklärt. Dabei hat die englische Volkswirtschaft auch nach dem Kriege noch erhebliche Ueberschüsse erzielt. Der Ueberschuß der englischen Zahlungsbilanz betrug auch im Jahre 1922 immer noch 155 Millionen Pfund Sterling gegenüber 181 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1913. Mit ihm könnte England in sieben Jahren den jetzigen Gegenwartswert seiner Schulden an Amerika, der auf 20 Milliarden Goldmark zu berechnen ist, abtragen. Trotzdem ist England nicht in der Lage, mehr als einen verhältnismäßig bescheidenen Teil seines Einkommenüberschusses an seinen Gläubiger abzuführen.

Viele Schulden der alliierten Siegerstaaten werden überhaupt uneintreibbar sein, obwohl diese Länder sich zum mindesten nicht schlechter stehen als Deutschland. Erwähnt seien hier u. a. Forderungen Frankreichs an die Angehörigen der kleinen Entente, die sich belaufen gegenüber Jugoslawien auf ungefähr 1460, Polen 850, Rumänien 960, Tschecho-Slowakei 465 Millionen Goldmark usw.

Im übrigen kann man noch eine weitere interessante Berechnung aufstellen. Nach den bestimmten Zusagen der Alliierten sollten die Reparationszahlungen keine Kriegsentschädigung darstellen, sondern nur einen Ersatz für die Kriegszerstörungen und für die interalliierte Verschuldung. Nun sind die bisherigen deutschen Leistungen allermindestens auf 25 Goldmilliarden zu schätzen (amtliche deutsche Schätzung ca. 45 Milliarden); mit diesem Betrag sind die Schäden in den französischen zerstörten Gebieten, die von Keynes auf 20 Milliarden veranschlagt worden sind, mehr als reichlich gedeckt. Die für Frankreich allein verbleibenden Verpflichtungen (einschl. der Schulden an England) in Höhe von ca. 20 Milliarden werden durch die auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens uns auferlegten Lasten mehr als doppelt überdeckt. Die Forderung ist mithin nicht unbillig, daß Erleichterungen, die Frankreich durch Schuldennachlaß erhält, im angemessenen Verhältnis auch uns zu Gute kommen. Das ist umso notwendiger, als die Lasten aus dem Sachverständigen-Gutachten für uns untragbar sind. Sie können von uns nur aufgebracht werden durch Steigerung der Ausfuhr. Nun schließt aber das Streben nach Steigerung der Ausfuhr automatisch den Zwang zur Steigerung der Einfuhr in sich, da Deutschland als rohstoffarmes Land die Produkte, die es für die Ausfuhr veredeln will, erst als Rohstoffe einführen muß. Auf diese Weise kommen wir zu einer Ausfuhr von 15—18 Goldmilliarden, die unmöglich ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0001

orges ersetzt werden. Der Oberkommissar der Rheinlande Tirard, und General Degoutte weilen übrigens zur Zeit in Paris.

Zur Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran.

Teheran, 20. Juli. Die Ermordung des amerikanischen Konsuls durch den Pöbel hat die größte Bestürzung in der hiesigen Fremdenkolonie hervorgerufen. Außer dem Konsul wurde ein anderer amerikanischer Bürger von der Menge so zugerichtet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Washingtoner Regierung hat Entschädigung und Entschuldigung verlangt.

•

Wie Reuter aus Washington meldet, ist der persische Gesandte angewiesen worden, dem amerikanischen Staatsdepartement das tiefste Bedauern der persischen Regierung angesichts der Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran auszusprechen. Reuter weiß weiter mitzuteilen, daß die persische Regierung alle möglichen Schritte unternehmen wird, um die Schuldigen zu bestrafen. Die Agentur Reuter bezeichnet die Ermordung des amerikanischen Konsuls als Auswirkung einer starken gegen die Fremden, und besonders gegen die Engländer gerichteten Bewegung. Ueber die Mordtat meldet Reuter noch, daß der amerikanische Konsul in dem Augenblick ermordet wurde, als er einen Iman geweihten Brunnen photographieren wollte, der als Ort eines angeblich vor kurzem geschehenen Wunders von zahlreichen Eingeborenen besucht wurde.

Der tschechische Klerus gegen Rom.

Prag, 20. Juli. Das Organ der tschechisch-katholischen Priester veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, der tschechisch-katholische Klerus erkenne keine andere Obrigkeit an als die tschechische Nation. Diese Erklärung, die natürlich nur als gegen die päpstliche Autorität gerichtet aufgefaßt werden kann, erregt in katholischen Kreisen rege Aufmerksamkeit.

Regierungskrise in Griechenland.

Athen, 20. Juli. Das Kabinett Papanastasius ist heute gestürzt worden. Die Regierung erhielt bei der Abstimmung im Parlament nur 31 von 309 Stimmen.

Ernste Lage in Brasilien.

Buenos Aires, 21. Juli. Auf Umwegen hier einlaufende Berichte deuten an, daß entgegen den amtlichen brasilianischen Verlautbarungen, das Land sich tatsächlich in den schwersten Wirren befindet. **In vier Staaten hat der Aufstand eine höchst ernste Form angenommen.** Die Regierung unterzieht fortwährend die hohen Offiziere einem Verhör und hat viele Offiziere der geringen Chargen eingekerkert, weil sie in dem Verdacht stehen, mit den Rebellen zu sympathisieren.

Im Uebereifer.

London, 21. Juli. Reuter meldet aus Washington: Die italienische Botschaft hat das Departement für auswärtige Angelegenheiten um Aufklärung gebeten über die willkürliche Verhaftung des Kapitäns und der zwölf Offiziere des italienischen Dampfers „Duilio", die des Schmuggels von narkotischen Getränken beschuldigt werden. Die Botschaft erklärte, daß kein genügender Anlaß zu den Verhaftungen bestand und daß die amerikanischen Beamten im Uebereifer gehandelt hätten.

Aus Stadt und Umgebung

Vergeßt sie nicht!

In Feindesland liegen viele Gräber deutscher Helden. Als unser Heer, nicht geschlagen, aber innerlich zermürbt, heimwärts zog, da war es der schwerste Schmerz, von all diesen schlichten Hügeln Abschied zu nehmen und sie in der Hand und Obhut derer lassen zu müssen, die uns mit einem Hasse gehaßt haben, den wir nicht kennen. Ich kann ein Bild nicht vergessen, das zwei alte Landsturmleute darstellt, die mit umgehängten Gewehren und traurigen Blicken im Vorbeigehen die letzten Feldblumen des Herbstes auf die stillen Gräber Flanderns warfen, das eine Wort auf den Lippen: „Lebt wohl, Kameraden!" Wir müssen uns wieder daran erinnern, daß unsere Gräber da draußen liegen und nach Wartung und Pflege rufen. Sollen sie unter den Pflug genommen, sollen die kleinen Kreuze niedergerissen, die Hügel eingeebnet werden? Wir glauben erwarten zu dürfen, daß hier nicht nur die Herzen derer in heiligem Ernst schlagen, die einen Toten da draußen liegen haben, sondern daß wir alle unsere Ehre darein setzen, dafür zu sorgen, daß diese Stätten als ein Stück deutschen Landes gelten, weil dort Deutsche ihr Blut vergossen haben. **Wo ein Deutscher liegt, ist deutsche Erde!**

Schließt euch dem „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, E. V." an, Man erfährt unter dieser Anschrift alles Nähere in Berlin NW. 10, Matthäikirchstraße 17. Geldüberweisungen an Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 81648 sind willkommen.

Die Augustmiete. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bleibt es für die Berechnung der gesetzlichen Miete auch für den Monat August bei der Verordnung des Ministers für Wohlfahrt vom 25. Juni 1924. Danach beträgt die gesetzliche Miete 62 Prozent der reinen Friedensmiete. Die Hauszinssteuer ist in diesem Betrage einbegriffen.

Der Wilmowski-Schrebergartenverein hielt gestern Nachmittag sein alljährlich stattfindendes Sommer- und Kinderfest in seinem Gelände ab. Die einzelnen Gartenbesitzer hatten wieder mit viel Liebe und Sorgfalt ihre Gärtchen durch Girlanden und Fahnen, Wimpeln und Lampions geschmückt, so daß der Anblick besonders von dem auf der Höhe führenden Promenadenweg ein allerliebster war. Die Witterung war ja auch die denkbar günstigste, so daß den ganzen Nachmittag und Abend über ein lebhaftes Treiben herrschte. Es schien eine richtige Neuauflage des Kinderfestes im kleinen zu sein, und manch einen hörte man sagen, daß es hier inmitten dem Grün der Gärten und bei der nicht ganz so großen Zahl Teilnehmer eigentlich noch schöner als zum richtigen Kinderfeste sei. Die Kleinen hatten dann auch hinreichend ihre Belustigung und fanden auf den Spielplätzen reiches Betätigungsfeld. Aber auch die Aelteren kamen zu ihrem Recht, so konnte man z. B. beim Preisschießen allerhand schöne Sachen gewinnen. Auch für das leibliche Wohl war hinreichend gesorgt, und man muß sagen, daß man dem Zelt und dem Würstchenstand hinreichend Beachtung schenkte. Eine emsige Kapelle sorgte durch flotte Musik für die nötige Unterhaltung, so daß jeder Wunsch erfüllt wurde. Abends aber gab es denn doch das Schönste: der Fackelzug bei Eintritt der Dunkelheit und das Feuerwerk. Der Garten bot einen reizenden märchenhaften Anblick mit den vielen Lampions, in denen ein Lichtlein brannte und die das ganze Gelände in ein Zauberland verwandelt zu haben schienen. Dann leuchtete dort ein Raketen auf, oben auf dem Berg erregte ein schönes Feuerwerk allgemein Bewunderung. Und die Kinder, (und Erwachsenen!) zogen unter Vorantritt der Musikkapelle mit unzähligen Stocklaternen quer durch den Garten, Glühwürmchen gleich, die sich zu langer Kette vereint hatten. Und als Abschluß gab es dann vom Verein ein prächtiges Feuerwerk, bei dem in der Tat jeder auf seine Kosten kam. Raketen und Sterne pufften durch die stille Nacht und erleuchteten minutenlang den dunklen Nachthimmel. Von der Ferne sah es ganz allerliebst aus, bis dann die Kühle des Abends zum Aufbruch mahnte, die Lichtlein, eins nach dem anderen, verloschen und bald der Garten in stiller Ruhe dalag, so daß man nicht ahnen konnte, daß hier lange solch" frohes Leben und Treiben geherrscht hatte! —e—

Der Männer-Gesang-Verein Neurössen hat sich gestern beim Erfurter Sängerfest, welches mit einem großen Gesang-Wettstreit verbunden war, beteiligt. Er errang sich unter seinem neuen Dirigenten Hugo Rose-Merseburg den siebenten Preis. Es ist dies bemerkenswert, weil sich der Verein zum ersten Male an einem solchen Wettstreit beteiligt, wo 54 zum Teil bis zu 200 Sängern starke Vereine um die Siegerpalme sangen. Mit großer Freude brachte der Verein seine erste Siegestrophäe in Gestalt eines silbernen Pokals und Ehrendiplom nach Hause.

Einbrecher am Werk. In der Nacht vom 18. zum 19. Juli erbrachen Einbrecher die Baubude in der Schmidtschen Kiesgrube in der Weißenfelserstraße und stahlen Bekleidungsstücke der Handwerker. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

1924 — ein Jahr des Unkrauts und Ungeziefers! Wie aus allen Teilen Deutschlands, der österreichischen Länder und der Schweiz gemeldet wird, sind seit dem Kriege wenige Sommer so reich an allerhand Schädlingen, Ungeziefer und Unkraut gewesen, wie es der diesjährige Sommer ist. Trotz des langen und ziemlich strengen Winters haben sich infolge des feuchten, warmen Frühjahrs allerhand Schädlinge (Maikäfer, Raupen, Schnecken, Mücken, Fliegen, Mäuse, Ratten, Bisamratten, Kreuzottern) massenhaft vermehrt, und das Unkraut droht vielerorts die Nutzpflanzen zu ersticken.

Eine Umtauschgebühr für Steuermarken. Für den Umtausch und den Ersatz von Stempel- und Steuerzeichen hat der Reichsminister der Finanzen eine Gebühr eingeführt. Sie wird beansprucht als Entgelt für die Mühe sowie die Herstellungs- und sonstigen Kosten. Sie beträgt bei Steuermarken vom Einkommen und Umsatz, von Gesellschaften, vom Börsenumsatz sowie den statistischen Stempelmarken für jeden vollen Bogen oder eine entsprechende Zeichenzahl 20 Pfennige, mindestens 1 Mark. Teilmengen gelten als volle Bogen. Bei der Berechnung der Zahl der Bogen wird jede Wertzeichensorte nach Art und Nennwert für sich behandelt. Höchstens werden 50 Prozent des Steuerwerts des einzelnen Bogens erhoben.

Wer erläßt Geldstrafen? Die Befugnis zum Erlaß von Geldstrafen bis zu 30 Mark in Forstkontraventionsfällen ist vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, soweit es sich um forstfiskalische Waldungen handelt, auf die Regierungen, sonst auf die Regierungspräsidenten, übertragen worden.

Eine Medaille zum 3. August 1924. Zur Feier für die Kriegsopfer des deutschen Volkes, die am 3. August d. J. aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg begangen werden soll, ist im Auftrage der Reichsregierung eine Erinnerungsmedaille ausgeführt worden. Ihr Entwurf stammt von dem Berliner Bildhauer Eberhard Encke, die Ausführung wird in Bronze vorgenommen. Die Medaille drückt den Gedanken aus, daß der Opfertod Kräfte des Lebens in sich trägt. Dargestellt ist ein aufstrebender Körper, der sich über einem tot nach unten sinkenden zwischen Strahlen erhebt. Die Rückseite trägt auf einem dreieckigen Schilde die Inschrift: **Dem Lebenden Geist unserer Toten 1914—18.**

Luftpost Königsberg (Pr.)—Kowno. Die Flugzeuge der Linie Königsberg (Pr.)—Moskau landen jetzt regelmäßig auch in Kowno und befördern dorthin vom 18. Juli an gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen aller Art für Litauen. Abflug Königsberg (Pr.) werktäglich 7.00 Uhr Ankunft Kowno 9.00 Uhr. Anschluß für Berliner Sendungen mit Zug D 7 Berlin—Königsberg (Pr.), ab tags vorher 6.15 Uhr. Flugzuschlag (außer den gewöhnlichen Gebühren zu entrichten) wie im Inlandsverkehr für Postkarten und für einfache Briefe je 10 Pf. Im ganzen kostet also eine Luftpostkarte nach Litauen 5+10 = 15 Pf., ein einfacher Luftpostbrief 10+10 = 20 Pf.

Was in der Volksschule sein soll. Die Lehrmittel die in den Volksschulen vorhanden sein sollen, sind vom Minister für Volksbildung neu bestimmt worden. Verlangt wird u. a. je ein Stück eines jeden eingeführten Lehr- und Lernbuches, ein Sandkasten, Wandkarten, ein Globus, Mestischblätter, eine Sammlung zur Heimatkunde, Wandbilder zur Erdkunde, Kulturgeschichte und Naturkunde, Buchstabentäfelchen, Knetmasse, Wage, Thermometer, Barometer, Lupe und galvanisches Element, Zirkel, Lineal, Winkeldreieck, Winkelmesser, Meßband, Geige, Stimmgabel, Tafel mit Notenlinien, Turn- und Spielgeräte, Stell- oder Wandtafel, weiße und bunte Kreide, ein Stick- und Stopfrahmen, die notwendigsten Werkzeuge für den Werkunterricht usw.

Verbilligung der Lebenshaltung? Zur Verbilligung der Lebenshaltung hatte die Preisprüfungskommission der Beamtenspitzenverbände eine Reihe von Maßnahmen gefordert die Preisprüfungsstellen sollten schärfer und einheitlicher arbeiten, die Gewinnspannen der Händler sollten streng nachgeprüft und womöglich abgebaut werden, alle Handelserlaubnisse sofort untersucht, um die Zahl der Händler zu verringern. Dann sollte der Ketten- und Zwischenhandel mit Geld und Krediten unterdrückt, das Einfuhrverbot für Webstoffe aufgehoben werden usw. Dagegen wenden sich die Handelskammern zu Bonn und Koblenz. Sie weisen darauf hin, daß die Verbote selbst in Zeiten einer gewissen Berechtigung versagt haben. Den Preisdruck bewirkt jetzt das reichliche Angebot. Die Preisprüfungsstellen sind überflüssig geworden. Alle Ausnahmen für Handel und Gewerbe müssen aufgehoben werden. Zweifel können die amtlichen Berufsvertretungen beheben.

Die evangelischen Sozialisten Deutschlands halten ihre Jahrestagung vom 1. bis 5. August in Meersburg am Bodensee. Die Festpredigt hat Jugendpfarrer Kappes-Karlsruhe übernommen. Die Hauptvorträge halten Pfarrer Dohn-Berlin über „Sozialismus — Evangelium — Kirche" und Pfarrer Eckert-Meersburg über „Der Volkskirchenbund der evangelischen Sozialisten und seine Stellung zur Wirtschaft, zum Staat und zum Völkerleben". Die evangelischen Sozialisten wollen die Arbeiterschaft der Kirche wieder näher bringen und stehen den religiösen Fragen sachlich gegenüber: sie gebrauchen dabei einen Ton, wie wir ihn in diesen Kreisen in Mitteldeutschland nicht kennen.

Beamten- und Arbeitervertreter bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Abordnungen von Beamten und Arbeitern sind in letzter Zeit wiederholt bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn ohne rechtzeitige Anmeldung vorstellig geworden. Sie haben außerdem Wünsche vorgetragen, zu deren Behandlung andere Stellen, insbesondere die Reichsbankdirektionen oder die Gruppe Bayern der Reichsbank zuständig waren. Die Hauptverwaltung macht deshalb wieder darauf aufmerksam, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter, die bei der Hauptverwaltung vorstellig werden wollen, auf dem Dienstweg rechtzeitig anzufragen und vor Ausführung der Reise die Entscheidung der Hauptverwaltung abzuwarten haben. Dies gilt auch den Beamtenräten oder Betriebsräten. Außer genannten Fällen kann auch nicht auf eine Genehmigung gerechnet werden bei Angelegenheiten, mit denen die zunächst zuständigen Stellen noch nicht befaßt waren.

Schreibt deutsch ans deutsche Ausland! Diese Mahnung ergeht jetzt von neuem. Ein deutscher Kaufmann in Mexiko erhielt in Kürze einige 20 Lieferungsangebote aus der deutschen Heimat, aber kein einziges in deutscher Sprache. Aus Böhmen kommt die Klage, daß deutsche Waren nach dem ge-

Kunst und Wissenschaft.

Ein Bismarck-Bildnis im Museum zu Boston. Das Museum in Boston, eine der bedeutendsten öffentlichen Kunstsammlungen der Vereinigten Staaten, ist jetzt durch Vermächtnis in den Besitz eines Bildnisses Bismarcks von Franz von Lenbach gekommen. Das Bild ist der Teil einer umfangreichen Stiftung von Robert Jordan aus der Sammlung von Eben D. Jordan, in dem sich englische Meisterbildnisse, wie das der Tochter von Gainsborough und Landschaften von Corot, befinden. Das Lenbach-Porträt, ein Brustbild, zeigt Bismarck mit dem großen Schlapphut, in der Gestalt, wie der Alte vom Sachsenwalde in seinen letzten Lebensjahren den Besuchern seines Parkes entgegenzutreten pflegte.

Ablehnung einer jüdischen Universität in Danzig. Der Kommissar des Völkerbundes hat vor einiger Zeit den Senat der freien Stadt Danzig um Aeußerung über den Plan einer jüdischen Universität in Oliva gebeten. Die darauf erfolgte Ablehnung durch den Danziger Senat wird, wie die „Berliner Hochschulnachrichten" mitteilen, folgendermaßen begründet: „Danzig besitzt in der Technischen Hochschule eine Universität, die nur zum kleinen Teil von Danziger Staatsangehörigen besucht wird und an der zum größeren Teil Angehörige anderer Staaten ein gern gewährtes Gastrecht genießen. Durch die Gründung einer zweiten Universität in unmittelbarer Nähe Danzigs würde diese Hochschule geschädigt werden können. Unter ihren Studierenden sind auch Studierende mosaischen Glaubens, und zwar zu einem Prozentsatz, der nicht bloß vom Senat, sondern auch von den Studierenden nichtisraelitischer Herkunft als hoch angesehen wird. Wenn jüdische Staatsangehörige der Republik Polen oder anderer Oststaaten der Meinung sind, daß an den Universitäten in Polen und in anderen Oststaaten den Studienbeflissenen mosaischen Glaubens bisher nicht das ihnen erforderlich erscheinende Entgegentommen bei der Aufnahme entgegengebracht worden sei, so wird es ihre Sache sein, in diesen Staaten für eine Aenderung dieser Praxis zu wirken.

Die Oxforder Polar-Expedition. Vor kurzem hat der ehemalige Walfischfänger „Polar Bjorn", das Schiff der Oxforder Arktisexpedition, unter dem Ovationsgeheul sämtlicher Hafen- und Schiffssirenen den Hafen von Newcastle verlassen, geführt von Georg Binney, der bei der Oxforder Spitzbergenexpedition von 1921 als Sekretär und bei der Expedition von 1923 als Führer geamtet hatte. Die Fahrt geht über Tromsö, Spitzbergen nach dem Nordostland, einer nordöstlichen von Spitzbergen liegenden Insel von 90 Flächenmeilen Ausdehnung, um deren Erforschung sich schon zwei Expeditionen vergeblich abgemüht haben. Die Forschungsarbeiten werden durch drei Schlittenpartien und ein Wasserflugzeug ausgeführt werden und bis zum Spätherbst dauern. Veranstalter ist die Universität Oxford.

Protest der Hamburger Theaterkritik. Die Vereinigung der Hamburger Schauspiel-Kritiker lehnt, wie aus Hamburg verlautet, die Besprechung der „Postlagerkarte 51" und der „Wettgeheimnisse" im Kleinen Lustspielhause ab. Nachdem Stücke ähnlicher Art schon im Komödienhause und Karl-Schulze-Theater gespielt worden sind, hält es die Vereinigung Hamburger Schauspiel-Kritiker für mit Recht und Würde der Kritik unvereinbar, über Aufführungen zu berichten, **die weder mit Kunst noch mit gepflegter Unterhaltung etwas zu tun haben,** sondern nur die Absicht verfolgen, in unsauberer Weise das Reich des Eros für Spekulationszwecke zu mißbrauchen.

Aus dem auswärtigen Bühnenleben. Fritz Basil konnte soeben, wie aus München gemeldet wird, im Residenz-Theater als Dr. Jüttner in „Alt-Heidelberg" gerade noch vor dem Beginn der Staatsoper-Ferien auftreten. Schon bei seinem ersten Erscheinen auf der Bühne brach ein Beifallssturm los, der das Weiterspielen auf Minuten unmöglich machte bis der Gefeierte ein paar Worte an seine „Freunde" richtete. Am Schlusse des ersten Aktes hielt er eine vaterländische Ansprache, in der er auf seine Erlebnisse unter der Franzosenwillkür hinwies und auf die drei Augenblicke der Freude, die ihm daraus erwachsen sind: seinen ersten Gang in die wiedergewonnene Freiheit zum Denkmal Ernst Moritz Arndts, den Empfang in München und den an der Stätte seines langjährigen Wirkens. Als die Studenten auf der Bühne dem alten Dr. Jüttner einen riesigen Eichenkranz umhängten mit schwarz-weiß-roter Schleife, auf dem die Widmung „Dem deutschen Mann" zu lesen war, meinte Basil mit den Worten des Wirts: „Das ischt für en einzelne z'viel". Das Publikum rief indessen an diesem Ehrenabend den Künstler noch unzählige Male vor die Rampe.

Wildgans' „Kain" als Freilichtspiel. Durch die flämische Volksbühne des Dr. Grunther wurde in dem Dörfchen Laetehen bei Gent Anton Wildgans' „Kain" als Spiel im Freien aufgeführt. Die Uebersetzung stammt von dem flämischen Dichter Wies-Moens.

In Eulenburgs kleiner Partituraausgabe hat der bekannte Ordinarius für Musikwissenschaft an der Universität Halle Prof. Dr. Arnold Schering eine Reihe älterer Werke herausgegeben. Nach Bachs herrlichem Magnificat ist nun auch Palestrinas „Missa Papae Marcelli" und das gewaltige „Stabat mater" in handlicher Ausgabe den Freunden alter Musik zugänglich gemacht worden. Diese kleinen Partituraausgaben legen ein erneutes Zeugnis ab von der vielseitigen Arbeit des geschätzten Gelehrten.

•

Die Sachverständigen-Gutachten. Die Berichte von Dawes und MacKenna nebst allen Anlagen mit einer volkswirtschaftlichen Einführung, ausführlicher Inhaltsübersicht und alphabetischem Sachregister. 80 Seiten Quartformat.

Dieses Sonderheft der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung", herausgegeben vom Deutschen Industrie- und Handelstag, enthält außer den beiden Berichten nebst Anlagen eine von berufener Seite geschriebene orientierende Einleitung über den Stand der Reparationsfragen, mit denen die Sachverständigenvorschläge zusammenhängen, ferner eine ausführliche Inhaltsübersicht über die beiden Sachverständigenberichte, sowie ein Sachregister. Die Sachverständigen-Gutachten werden eine neue und entscheidende Epoche in der Entwicklung der Reparationsfrage einleiten. Sie bilden gegenwärtig nicht nur den Kernpunkt für alle Verhandlungen der Regierungen untereinander, sondern auch für die Verhandlungen der Parlamente. Für jeden Deutschen ist das, was sich auf Grund dieser Sachverständigen-Vorschläge entwickeln wird, eine Lebensfrage. Eine möglichst weite Verbreitung genauester Kenntnis über den Inhalt dieser Gutachten ist im vaterländischen Interesse dringend zu wünschen. Das genannte Heft kann im Buchhandel zum Preise von Mark 3 oder vom Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW 61, bezogen werden. Bei Partiebezug ermäßigter Preis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0002

schlossenen deutschen Sprachgebiet in nichtdeutschen Packungen versandt und verkauft werden. Der Deutsche verträgt im Ausland wohl die Landessprache, wenn es nicht anders geht, aber nicht z. B. in Brasilien Englisch oder Französisch. So schreibt ein Deutscher, der 42 Jahre dort lebt, daß fast jede Post aus Europa Zeugnisse dieser nationalen Würdelosigkeit bringt. Wir Auslandsdeutsche sind kerndeutsch bis in die Knochen.

„Der Spottvogel" betitelt sich unsere neue politisch-satirische Wochenbeilage, die heute, wie bereits angekündigt, zum ersten Male unserer Zeitung beiliegt.

•

Vom Wetter.

(Drahtlose Meldungen).

•

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland: Warm, zunehmende Bewölkung mit Gewitterneigung.

Wetteraussichten für ganz Deutschland: In ganz Deutschland warm, im Osten trocken und ziemlich heiter, westlich der Oder in vielen Gegenden Gewitter.

•

Hauptversammlung des Kreislandbundes Merseburg.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles sprach zunächst Steuersyndikus Hecken vom Landbund „Provinz Sachsen" über

„Die Steuerpolitik des Landbundes:"

Die drei treibenden Faktoren für die Steuergesetzgebung sind die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik und die Sozialpolitik. Die Wirtschaftspolitik ist in den letzten Jahren gegenüber den beiden anderen Faktoren stark zurückgetreten und die Sozialpolitik ist sogar zu parteipolitischen Machenschaften ausgenützt worden. Sie war das Merkmal der Erzbergerschen Steuerpolitik. Aus der Hintenansetzung der wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte resultiert der heutige Kampf gegen die Steuergesetzgebung, denn diese lassen sich nicht auf die Dauer ausschalten. Man hat in der letzten Zeit nur auf die Verbraucher Rücksicht genommen, ohne auch nur im geringsten an die Erzeuger zu denken. Das zeigt deutlich die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, die pro Hektar in Bodenklasse I 94—135 M. und in der niedrigsten Klasse Vb 13—18 M. jährlich ausmacht und damit wesentlich über die der Vorkriegszeit mit ihrem normalen Wirtschaftsleben hinausgeht. Die Reformpläne, die sich auf die Steuergesetzgebung beziehen, bewegen sich in 2 Richtungen. Die eine Seite will das heutige System vollkommen über den Haufen werfen, während die andere für Reformen innerhalb des jetzigen Systems ist. Absichten, die auf eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft hinzielen, wie sie ein Plan enthält, der das Interesse des Finanzministeriums gefunden hat, muß die Landwirtschaft entgegentreten. Verlangt werden muß vor allem eine gleichmäßige Bewertung durch Reich, Land und Gemeinde und eine Beseitigung der Wehrbeitragsberichtigungen, die vielfach eine erhebliche Heraufsetzung der Vorkriegswerte gebracht haben. Es besteht die Hoffnung, in der nächsten Zeit eine Herabsetzung der Vermögenssteuergrundlagen zu erreichen. Die heutigen Einkommensteuervorauszahlungen sind keine Besteuerung des Reinertrages mehr, sondern werden nach einem nicht mehr vorhandenen überhöhten Wert bemessen. Eine Neuregelung muß hier angestrebt werden. Die landwirtschaftliche Buchführung darf nicht abgebaut werden sondern muß auch von den kleinen und kleinsten Wirtschaften durchgeführt werden. Die Normalsätze müssen nicht im Anschluß an Schätzungsergebnisse, wie es jetzt geschieht, sondern an Buchführungsergebnisse festgesetzt werden. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer bringt die Gefahr mit sich, daß man versuchen wird, den hierdurch entstehenden Steuerausfall auf andere Art auszugleichen. Die Doppelbesteuerung der Landwirtschaft im genossenschaftlichen Verkehr muß beseitigt werden. Es sind Aussichten vorhanden die Landwirtschaft in nächster Zeit von der Hauszinssteuer zu befreien. Bekämpft werden muß weiter die Ueberlastung der Steuerpflichtigen mit Arbeiten, die eigentlich Sache der Behörden sind, und die Ueberhäufung mit Steuerterminen, die heute in der Regel 28—30 im Jahre betragen. Zu fordern ist eine Dezentralisierung der Veranlagung. Die Verzugszuschläge, die bis vor kurzem 120 Prozent betrugen und auch heute mit 2 Prozent halbmonatlich noch zu hoch sind, sind ausgesprochener Wucher. Man muß sich auch gegen das Bestreben, den Rechtsschutz der Steuerpflichtigen abzubauen und damit die Rechtsmittel zu beseitigen, verwahren. Auf die Anhörung von landwirtschaftlichen Sachverständigen haben die Finanzbehörder in der Praxis keinen Wert gelegt. Das Bestreben des Bundes geht hier dahin, eine solche Instanz beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu schaffen. Ein dementsprechender Vorschlag ist den Parlamentariern mit auf den Weg gegeben worden. Der Vorwurf des Wuchers, der der Landwirtschaft gemacht worden ist, ist zusammengebrochen. Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft entsprang nur dem großen Ziel die Produktion zu heben und so der Verbraucherschaft zu helfen und nicht, wie vielfach behauptet wurde, egoistischen Zielen der Einzelnen. Von der Regierung fordert der Bund mehr Verständnis für die Lage jeder Berufsgruppe unseres Volkes.

Nachdem reicher Beifall die Ausführungen des Redners gelohnt hatte, erteilte der Vorsitzende Herrn Dr. Burkhardt das Wort, der für den verhinderten Reichstagsabgeordneten Dr. Gerecke das Referat über

„Die Lage der deutschen Landwirtschaft"

übernommen hatte und etwa folgendes ausführte:

Abgesehen von dem unglücklichen Zustand, daß wir jetzt mehr- und waffenlos sind, sind es drei Gesichtspunkte, unter denen wir unsere heutige Lage betrachten müssen: Arbeitslosigkeit, Ernährungsdefizit und Versailler Diktat und Sachverständigengutachten.

Die Arbeitslosigkeit kann nur durch Mehrarbeit bekämpft werden. Wir müssen wieder dahin kommen, daß wir wieder bessere und billigere Arbeit liefern, um dadurch mit dem Auslande konkurieren zu können. Die Maßnahmen unserer Regierung haben aber gerade in entgegengesetzter Richtung gewirkt. Der Landbund hat dagegen Stellung genommen und sein Bestreben zusammen mit seiner Arbeitnehmerschaft eine Einheitsfront gegen diese Maßnahmen zu bilden, hat Erfolg gehabt. Dieser Gedanke der Arbeitsgemeinschaft muß aber in jedem einzelnen Betriebe noch weit mehr durchgeführt werden. Ungerecht ist es, die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung zahlen zu lassen, da es in der Landwirtschaft überhaupt keine Arbeitslosen gibt. Das Ernährungsdefizit muß man im Interesse der Verbraucherschaft mit allen Mitteln zu beseitigen versuchen. Es ist nun einmal unmöglich unsern Export wieder auf den alten Markt auszubehnen, doch können wir dafür durch intensivere Ausnützung des Bodens unsere Ernährung vom Auslande unabhängig machen. Den Bemühungen des Landbundes ist es in den letzten Tagen gelungen, die Ausfuhr von Getreide durchzusetzen. Dies ist wichtig, weil nach der Ernte ein sehr großes Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Preise derartig drücken würde, daß der Landwirt nur noch unter dem Selbstkostenpreis verkaufen könne. Die Ausfuhrerlaubnis wird es ermöglichen, die Preise, die ja jetzt schon unter den Weltmarktpreisen liegen, auf ihrer bisherigen Höhe zu halten.

Letzte Depeschen

Die Urheber des Lemberger Attentats erschossen.

Lemberg, 21. Juli. Die Urheber des Attentats auf das Lemberger Munitionsdepot Dietrich und Solonienko sind heute durch ein Militärkommando erschossen worden. Das Standgericht, welches die Angeklagten verurteilte, lehnte die Weiterleitung eines Gnadengesuches ab.

Die Abrüstung in Kanada.

Newyork, 21. Juli. Wie aus Ottawa gemeldet wird, wurde im kanadischen Unterhause während der Debatte über den Heereshaushalt der Antrag der Abg. Miß Macphail auf Festsetzung eines stehenden Heeres im Umfange von 450 000 Mann mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Kriegsminister beschuldigte während der Debatte die Antragstellerin, in die Köpfe der jungen Männer kriegerische Gelüste verpflanzen zu wollen. Kanada habe keinerlei Verwendung für ein stehendes Heer, da es garnicht wüßte, woher ihm eigentlich Feinde entstehen sollten.

Baldwin prophezeit eine neue Regierung.

London, 21. Juli. In einer in Lowestoft gehaltenen Rede erklärte Baldwin, eine allgemeine Wahl könne nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Er führte weiter aus, daß es der Regierung der Arbeiterpartei kläglich mißlungen ist, die Arbeitslosenfrage zu regeln. Ihr Bestreben sei es, die Arbeitslosigkeit zu vertuschen. Er prophezeite, daß die Frage der Arbeitslosigkeit bei den nächsten Wahlen ausschlaggebend ist und daß man über die Laufbahn der jetzigen Regierung das Urteil sprechen wird.

Politisches Attentat in Plewna.

Plewna, 21. Juli. In Plewna wurde das Gebäude der politischen Polizei in die Luft gesprengt. Unter den Toten befindet sich auch der Generalinspektor der Polizei Serbeckow. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

•

Die amtlichen Produktenpreise vom 21. Juli.

Berlin, 21. Juli. (Drahtlos.) Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 172—179, Roggen märk. 134—140, Sommergerste märk. 158—168, Futtergerste 153—158, Hafer märk. 140—145, Weizenmehl 24—27,50, Roggenmehl 21—23,50, Weizenkleie 9,50—9,60, Roggenkleie 9,50—9,60, Raps 270—280, Leinsaat 350—360, Viktoriaerbsen 20—21, kleine Speiseerbsen 14—15, Futtererbsen 14, Peluschken 14, Ackerbohnen 14—15, Wicken 15—16, Lupinen blaue 9,50—10,50, Rapskuchen 11, Leinkuchen 19—20, Trockenschnitzel 8,80—9, Zuckerschnitzel 18—19, Kartoffelflocken 21.

•

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. Juli. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar).	4,19—4,21.
Amsterdam (100 Fl.)	159,80—160,60
Brüssel (100 Frcs.)	19,3 —19,45.
Paris (100 Frcs.)	21 70—21,80.
London (1 Lstr.)	18,37—18,465.
Schweiz (100 Frcs.)	76,46—76,8
Stockholm (100 Kr.)	111,42—111,98.
Kopenhagen (100 Kr.)	67,43—67,77.
Rom (100 Lire)	18,10—18 20.
Prag (100 Kr.)	12,45—12 51.
Wien (100000 Kr.)	5,92—5,94.

Alles in Billionen Mark.

Die Forderung der Schutzzölle für die Landwirtschaft ergibt sich aus dem Verlangen nach gleichem Recht für Alle. Mit der Bevorzugung der ausländischen Produzenten gegenüber den inländischen muß Schluß gemacht werden. Die Eisenbahntarife müssen den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Es besteht die Gefahr, daß hier die Zustände sich noch verschlechtern werden, da der Feindbund versucht, sich durch das Sachverständigengutachten zwischen Hersteller und Verbraucher zu schieben. Weiter muß alles versucht werden, um

der Landwirtschaft Kredite zu verschaffen.

Das bisher Erreichte bedeutet nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Zu den Verhandlungen in London hat man Deutschland nicht hinzugezogen. Man muß diesen Verhandlungen überhaupt sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Der Reichslandbund hat als erster gegen das Sachverständigengutachten Stellung genommen. In seiner letzten Vorstandssitzung hat er beschlossen, am 10. August Versammlungen in den Kreislandbünden zu veranstalten, um dort gegen das Gutachten Stellung zu nehmen und die Oeffentlichkeit dazu zu bringen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wahlspruch des Großadmirals von Tirpitz:

„Ziel erkannt, Kraft gespannt, Pflicht getan, Kopf obenan!"

Auch diesem Vortrage folgte reicher Beifall.

Nachdem dann noch Herr Voigtländer gebeten hatte, die Anregung, auch auf dem Lande in Versammlungen gegen das Sachverständigengutachten Stellung zu nehmen, die von der Deutschnationalen Volkspartei ausgegangen ist, aufzunehmen und hierfür die Unterstützung der Partei zugesagt hatte, schloß der Vorsitzende die Hauptversammlung gegen 1½2 Uhr mit Dankesworten an die Erschienenen. wf.

•

Rundfunkprogramm.

Welle 452 Meter.

Leipziger Meßamts-Sender.

Montag, den 21. Juli 1924.

4,30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. — 7,30—8 Uhr: Vortrag: Musikschriftsteller Ernst Smigelski: Beethovens Leben und Wirken. — 8,15 Uhr:

Beethoven-Abend und klass. Rezitationen.

Die Rundfunk-Hauskapelle: Konzertmeister Emil Luh (1. Violine), Oskar Hallauer (2. Violine), Boris Dobrosmiß-loff (Cello), Alex Nemeti (Klavier). Prof. Adolf Winds (gesprochne Dichtungen von Goethe, Schiller, Lessing, Herder, Klopstock). — Anschließend (etwa 9,30 Uhr) Pressebericht.

Dienstag, den 22. Juli 1924.

1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. — 4,30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. — 7,30—8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Doyk: „Dichtung und exakte Naturwissenschaft." — 8,15 Uhr:

Aus dem Morgenlande. (Dichtung u. Musik).

Die Rundfunk-Hauskapelle: Konzertmeister Emil Luh, (1. Violine), Oskar Hallauer (2. Violine), Boris Dobrosmiß-loff (Cello), Alex Nemeti (Klavier), Hofschauspielerin Lucy Lindner-Orban liest indische, chinesische, türkische und persische Dichtungen. — Anschließend (etwa 9,30 Uhr) Pressebericht.

Funkdienst der Telunion.

Die Londoner Konferenz.

London, 21. Juli. Die Führer der franz., italien., engl. u. amerikanischen Delegation sind für heute Vormittag bei Macdonald zum Frühstück geladen. Man glaubt, daß die Frage der internationalen Schulden zur Aussprache kommen wird.

Der erste Unterausschuß der 2. Kommission hat die Aussprache über die Frage der strategischen Eisenbahnen abgebrochen, da keine Verständigung erzielt werden konnte. Die Mitglieder des Unterausschusses werden heute neue Anweisungen von ihren Mitgliedern erbitten, um die Aussprache wieder aufnehmen zu können.

Der zweite Unterausschuß der zweiten Kommission hat gestern ein Kompromiß in der Frage der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes ausgearbeitet.

Aus englischen und amerikanischen Quellen verlautet, daß England und Amerika unbedingt darauf bestehen, daß Deutschland so schnell wie möglich zur Konferenz eingeladen werde. Die Entscheidung darüber dürfte noch heute fallen.

„Daily Telegraph" will wissen, daß die deutsche Regierung am Sonnabend die deutschen Wünsche bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes an das englische Kabinett mitgeteilt hat.

Pertinax behauptet, daß englische Kreise von der Unbeständigkeit Herriots überrascht seien.

Die amerikanischen Banken sollen die Vorbereitungen für die Deutschland zu gewährende Anleihe aufgenommen haben.

Londoner Finanzkreise äußern sich über das Sanktionsprotokoll unzufrieden, da es die Maßnahmen der Geldgeber nicht genügend sichere.

Herabsetzung der französischen Dienstzeit?

Paris, 21. Juli. Der soz. Abg. Renaudel erklärte daß die Militärdienstpflicht in Frankreich im Herbst auf ein Jahr herabgesetzt wird.

Rücktritt der griechischen Regierung.

London 21. Juli. (Drahtlos.) Die griechische Regierung wurde, wie gemeldet, bei der gestrigen Abstimmung in die Minderheit versetzt. Der Ministerpräsident hat gestern dem Präsidenten der Regierung die Demission des Kabinetts überreicht. Im Parlament ist es zu wüsten Tumultszenen gekommen.

Der Protest der Elsässer.

Handgemenge mit Kommunisten.

Paris, 21. Juli. (Drahtlos.) In Elsaß-Lothringen sind gestern Protestversammlungen gegen die Wiedereinführung der Laiengesetze einberufen worden. Zu Ruhestörungen ist es nur in einem Vorort von Metz, in Sablon gekommen. In einem Vereinslokal hatten sich dort zirka 100 Katholiken eingefunden, als plötzlich eine Schar von 200 Kommunisten in den Saal eindrangen und mit Stöcken über die Anwesenden herfielen. Es kam zu einem Handgemenge.

Hundertjahrfeier Swinemündes.

Swinemünde, 21. Juli. (Drahtlos.) Der hannoversche Pressedienst teilt mit: Die Hundertjahr-Feier des Swinemünder Seebades hatte am Sonntag große Menschenmassen zusammenströmen lassen. Vormittags hielten die städtischen Behörden im Kurhaus eine Festsitzung ab. Ein historischer Festzug, Musikvorträge und ein Feuerwerk wurden später veranstaltet.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Halle, 19. Juli. (Ein Flughafen in Halle.) Wie die „H. Z." erfährt, beabsichtigt ein bekanntes Flugzeugwerk einen ständigen Flugbetrieb in Halle einzurichten. Unternehmer, die sich für die Sache interessieren, werden gebeten, sich mit Herrn Dr. Hitzeroth, Karlstraße 21, zwecks näherer Besprechung in Verbindung zu setzen.

•

Aus dem Reiche.

Die Massenerkrankungen in Görbersdorf.

Keine Gefahr mehr für die Erkrankten. — Die Anstaltsleitung schuldlos.

Breslau, 20. Juli. Die Massenerkrankungen, die in der Dr. Brehmerschen Lungenheilanstalt in Goerbersdorf in Erscheinung getreten sind, haben in der gesamten Provinz Schlesien ungeheures Aufsehen erregt. Die eigentliche Gefahr für die Anstalt und ihre Patienten ist jedoch zur Zeit völlig behoben. Von den 238 Erkrankten sind 200 wieder völlig genesen, ungefähr 10 Personen sind noch leicht krank und 25 liegen mittelschwer danieder. Der einzige Todesfall betrifft unglücklicherweise den Bruder des Chefarztes der Anstalt, den leitenden Arzt Dr. Rowe. Der Chefarzt selbst war beim Eintritt der Erkrankungen verreist. Erkrankt waren sämtliche Personen, die von der Erdbeerspeise genossen hatten, nur ein einziger Patient, der sogar zwei Portionen gegessen hatte, blieb überraschenderweise von der Krankheit verschont. Nach den Mitteilungen des Medizinalrates Dr. Richter handelt es sich bei den eigenartigen Erkrankungen um eine

paratyphische Infektion.

Es ist einer der seltensten Fälle, die der Wissenschaft bekannt geworden sind. Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis trifft die Leitung der Dr. Brehmerschen Anstalt keine Schuld. Die Speise ist in völlig einwandfreier Weise von dem Küchenpersonal zubereitet worden. Die Annahme, daß die Erdbeeren durch paratyphischen Dung infiziert seien, hat sich nicht aufrechterhalten lassen. Bezeichnend ist, daß zwei Häuser der Anstalt, die einen besonderen Küchenbetrieb haben, von der Krankheit nicht heimgesucht worden sind. Das Gericht ist im Geschmack völlig unverdächtig gewesen, denn es ist von sämtlichen Personen, auch von den Aerzten und dem Pflegepersonal, ohne Beanstandung gegessen worden.

•

Schwerer Bahnraub im D-Zug Berlin-Hamburg.

Hamburg, 20. Juli. Im D-Zuge Berlin-Hamburg wurde dem Hamburger Kaufmann Glogau auf der Strecke zwischen Büchen-Hamburg-Hauptbahnhof eine Aktentasche enthaltend 23 500 Rentenmark und 100 Billionen Markscheine, sowie Verträge und auf den Namen Glogaus lautende weitere Schriftstücke gestohlen.

•

Gera, 19. Juli. (200 Jahre uniformiertes Schützenkops.) Zum 200jährigen Bestehen des uniformierten Schützenkorps Gera ist im Verlage von Max Schulz u. Co. eine illustrierte Festschrift erschienen, in der in interessanter Weise die Geschichte des Korps dargestellt wird.

Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft: K. Hennemeyer. Lokales und Provinz etc.: K. Ludwig Andrich, Sport: A. Rank, Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0003

Filmrausch.

Roman von Reinhold Ortmann.

26] Nachdruck verboten

„Machen Sie sie doch geltend. Ich hindere Sie nicht daran."

„Ja, ich habe sie' Oder gibt es mir kein Recht auf sie, wenn Sie mich geküßt hat, wenn sie mir feierlich versprach, meine Frau zu werden?"

„Ich will nichts weiter hören, Herr Graf! Sie sind entweder närrisch oder betrunken."

„Betrunken — nein! Närrisch — vielleicht. Und das ist wohl kein Wunder. Einmal in meinem armen Leben möchte ich doch auch glücklich sein. Und wenn einem der Becher weggeschlagen wird, als man ihn schon an die Lippen gesetzt, kann man nicht darüber verrückt werden?"

„Sprechen Sie mit der Dame. Was kümmert es mich?"

„Doch — es kümmert Sie. Denn Sie sind der Grund, weshalb mir Lia heute den Laufpaß gegeben hat. Wenn Sie auf sie verzichten, wird sie mich wieder in Gnaden annehmen."

„Sie wissen tatsächlich nicht, was Sie reden. Ich kann Ihnen nur den Rat geben: Gehen Sie nach Hause."

„Nein, ich gehe nicht ohne sie von hier fort. Es muß ein Ende sein — so oder so! Sie halten mich für einen Dummkopf oder einen Hanswurst — nicht wahr? Es ist mir ja oft genug in Ihrer Gesellschaft gesagt worden, daß ich es bin. Aber das kommt nur daher, daß ich mich in diesen Kreisen nicht zu benehmen weiß. Wo sollte ich es auch gelernt haben? In dem klösterlichen Institut lernte ich es ebensowenig wie im Kadettenkorps. Und bis zum Leutnant habe ich es nicht gebracht, weil meine Gesundheit zu schwach war. Als unerfahrener, blutjunger Mensch bin ich in diese Gesellschaft geraten. Und nie konnte ich unter den Leuten, die mit solcher Sicherheit auftraten, meine unbeholfene Schüchternheit überwinden. Sie machten sich immer über mich lustig, und ich dachte, es sei am besten, sie gewähren zu lassen. Mit vollen Händen durfte ich mein Geld unter sie ausstreuen — dazu war ich ihnen gut genug. Sie schleiften mich von einem Lokal in das andere, von einem Spielzirkel in den anderen. Immer verlor ich, und immer mußte ich bezahlen oder borgen. Hundertmal wollte ich heraus — aber es gelang mir nie — sie ließen mich nicht wieder los. Und die Frauen — ach, wenn Sie wüßten —"

Wolfgang fühlte Mitleid mit dem armen, verstörten Menschen, der ihm jetzt doch in einem anderen Lichte erschien als bisher. Er hatte ihn reden lassen, aber er fühlte, daß dem Auftritt ein Ende gemacht werden mußte. Freundlicher als zuvor sagte er: „Ich glaube Ihnen das alles, Herr Graf, aber Sie sehen wohl ein, daß man hier nicht über solche Dinge sprechen kann. Noch einmal empfehle ich Ihnen, das Fest zu verlassen."

„Hören Sie mich nur noch einen Augenblick! Ich muß wissen, ob Sie auf Lia verzichten wollen oder nicht! Es ist ja nicht das erstemal, daß sie mir so mitspielt. Sie hatte mir schon ihr Wort gegeben, als Ihr Vetter Alfred zwischen uns trat. Da gab sie ihm den Vorzug, wie sie jetzt Ihnen den Vorzug gibt. Vielleicht, weil er stattlicher war als ich — vielleicht auch weil ich unter Kuratel gestellt wurde, und weil er darum für den Augenblick der Reichere war."

„Nun ist es genug!" schnitt Wolfgang ihm die Weiterrede ab. „Sie sagen Dinge, die Sie nicht verantworten können."

„Alles kann ich verantworten. Bei meiner Ehre als Edelmann: ich spreche nichts als die lautere Wahrheit. Aus ihrem eigenen Munde weiß ich, daß sie mit ihm verlobt war, als er bei dem Sturz vom Pferde das Leben verlor. Wenn Sie heute dasselbe Schicksal hätten, ich würde Lia morgen in meinen Armen halten."

Ohne eine weitere Erwiderung wandte sich Wolfgang zum Gehen.

„Bleiben Sie doch — ich beschwöre Sie: bleiben Sie!" rief ihm Dietramszell nach. Aber er achtete nicht mehr darauf und schob sich zwischen den Versatzstücken, die den Weg zum Teil versperrten, in den Saal zurück. Da krachte hinter ihm ein Schuß, und er stürzte wieder in den Verschlag. Graf Dietramszell lag zwischen dem beiseite geworfenen Flitterkram am Boden, das Gesicht nach oben gekehrt und die noch rauchende Pistole in der Hand. Wolfgang kniete neben ihm nieder und versuchte, seinen Kopf aufzurichten. Aber er ließ ihn voll Entsetzen aus den Händen gleiten, als er das schwärzliche Loch in der rechten Schläfe sah. Und fürchterlicher fast als diese Todeswunde wirkten der Anblick des gramberzerrten Gesichts, der unheimlich lebendige anklagende Blick der weit geöffneten Augen auf ihn allein. Von einem eisigen Schauer geschüttelt, richtete er sich auf. Und nun drängten hinter ihm bereits die durch den Knall alarmierten Festgäste in den engen Raum. Aufschreie des Schreckens wurden laut, und eine helle krähende Stimme rief: „Lassen Sie mich durch! Ich bin Arzt!"

Da bahnte er sich einen Weg und stand wieder in dem glänzend erhellten Raum mit den Wänden aus Glas und Eisen. Am anderen Ende des Saales spielte noch die Musik einen Twostep oder Foxtrott, und die bunte Menge schob sich da unten fröhlich durcheinander wie zuvor. Vor Wolfgangs Augen aber floß alles zu einem Gewirr von Lichtpunkten und Farbflecken ineinander. Er taumelte weiter, ohne zu wissen, wohin er strebte. Da umklammerten zwei Hände seinen Arm, er hörte eine bekannte Stimme, die aufgeregte, angstvolle Worte zu ihm sprach, und sah in einem weißen Gesicht zwei dunkle Augen mit vom Entsetzen geweiteten Pupillen. Aber er blieb nicht stehen und antwortete nichts.

„Wolfgang!" rief es dicht an seinem Ohr. „Sprich doch! Höre mich doch! Wolfgang! Geliebter!"

Mit beiden Armen umklammerte Lia seine Schultern. Er fühlte das Gewicht und die Wärme ihres weichen Körpers an seiner Brust. Da raffte er seine ganze Kraft zusammen und schleuderte sie von sich hinweg.

„Fort — Verworfene!" knirschte er und rannte in die Menge hinein, die bestürzt vor ihm zurückwich. Wenige Augenblicke später stand er in der Kleiderablage, in die er mehr zufällig als bewußt geraten war, und hielt einen eisernen Träger umklammert, an den er seine Stirn gepreßt hatte. Neugierige umdrängten ihn. Ein kräftiger Männerarm aber schob sich unter den seinigen.

„Kommen Sie, Herr Reinhardt! Ich begleite Sie."

Ohne eine klare Vorstellung von dem, was mit ihm geschah, fiel Wolfgang gleich darauf in die Polster eines Autos. Oswald Hollbachs klare Stimme aber rief dem Fahrer zu: „Marburger Straße hunderteins."

Es war zehn Uhr abends. Hilde Hollbach saß in ihrem Zimmer über einer Näharbeit, als sie hörte, wie draußen der Schlüssel knirschte. Es konnte nur ihr Bruder sein, und sie wunderte sich, daß er schon so früh von dem Fest heimkehrte. Aber er kam offenbar nicht allein. Außer seinem leichten Schritt vernahm sie noch einen anderen, schweren und schleppenden. Auch hörte sie, wie Oswald halblaut zu jemand sprach. Eine Tür wurde geöffnet und geschlossen. Dann blieb es eine Weile still, und Hilde fann noch darüber nach, was das alles wohl zu bedeuten habe, als an ihre Tür geklopft wurde und ihr Bruder im Ueberrock, den Hut in der Hand, eintrat. Er sah ungewöhnlich ernst aus und sein sonst frisches Gesicht war sehr blaß.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verlobung ihrer Tochter **Magdalene** mit Herrn Dr. rer. pol. **Ulrich Knolle** geben hierdurch bekannt

Georg Zweiling,
Sozietätsbaumeister a. D.
u. Frau Margarete
geb. Jäckel.

Merseburg, im Juli 1924.

Meine Verlobung mit Fräulein Magdalene Zweiling zeige ich hiermit an

Dr. rer. pol.
Ulrich Knolle.

Halle a. S., Göbenstr. 20.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getraut. D. Steiger J. Kurzke m. Frau Bertha geb. Richter.

Stadt. Getauft. Martha T. d. Fleischers Bauermann; Renate, T. d. Ing. Heber; Werner, S. des Klempners Gottschalg; Kurt, S. des Werkzeugschlossers Hahn — **Beerdigt:** Die T. d. Schmieds Stange; der Arbeiter Schmidt.

Altenburg. Getauft: Gerhard, Sohn d. Kaufmanns Stoebe; Siegrid, T. d. Mechanikers Warnicke; Joachim Rudolf, Sohn d. Betriebsmeisters Mahler.

MUELLER'S HOTEL
Bier- und Weinrestaurant
Konferenz- und Clubzimmer
Großer Festsaal
Anerkannt gute Küche
Von 12 bis 2½
preiswerter Mittagstisch
Abonnement
MERSEBURG Telephon Nr. 9

Saison-Ausverkauf!

Ohne Rücksicht auf meinen Einkauf gewähre ich

20 Prozent Rabatt

auf alle Herrenstoffe für Hosen, Anzüge, Sommer- und Winterpaletots
in Ia. Kammgarn, Gabardine, Cheviots, in schwarzen, marengo u. blauen Stoffen
(Auf Wunsch Anfertigung in eigener Werkstatt laut Tarif)

25 Prozent Rabatt

auf alle Lodenmäntel für Damen, Herren und Kinder, Lodenjoppen für Sommer u. Winter, Sportanzüge u. Mäntel, Lüstre-Sackos und Sporthosen, Windjacken und Gummimäntel.

Waschjoppen	Mk. 7.—	10.—	13.—
Waschanzüge	Mk. 18.—	24.—	28.—

Günstige Gelegenheit, wirklich gute Qualitäten preiswert zu kaufen.

Bei ⅓ Anzahlung werden gekaufte Sachen bis zum 15. August zurückgelegt.

Ernst Rulffes,
Gotthardtstraße 16. Gotthardtstraße 16.

Kammer-Lichtspiele

Programm
von Dienstag bis Donnerstag:

Wenn die Maske fällt
Schauspiel in 6 Akten von Ida Wüst.
In der Hauptrolle der bekannte Frauenliebling **Bruno Kastner.**

Die Schneekur.
Originelle Groteske in 3 Akten mit **Fritz Sterling.**

Achtung! Landwirte!

Vor der Wahl

v. Garbenbindern u. Getreidemähern

überzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit und ziehen Sie mich als **Fachmann** zu Rate.

Die Fabrikate

Hindenburg und Krupp

halten, was sie versprechen.

In diesen, wie in sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, nur erstklassige Fabrikate, unterhalte ich dauernd großes Lager. Hierdurch biete ich Ihnen den großen Vorteil, daß Sie bei mir zu Festpreisen kaufen und sich dadurch vor Preiserhöhung schützen.

Besuchen Sie mich und besichtigen Sie ohne Kaufzwang mein Lager.

Reinhold Rübner (Inhaber Walter Rübner)
Maschinenfabrik Hohenmölsen.
Telephon 374. Telephon 374.

Leistungsfähiges Unternehmen der **Nahrungsmittel- u. Genußmittelbranche** vergibt für größere Plätze oder Bezirke seine **Vertretung** an nur branchekundige bei Groß- und Kleinhandel, Bäckern, Konditoren beteiligte Firmen

Vertreter.

Ausführliche Angebote mit Referenzen unter S. C. 881 an Ann.-Exped. v. Danckelman, Hamburg 1.

Jetzt oder nie!

Fast halbe Preise

Sportwesten	8.50
Strandjacken .	9.50 8.—
Seidenjumper . . .	6.50

nur so lange der Vorrat reicht
im
Wollspezialgeschäft
H. Schalk, Delgrube Nr. 13.

Ab Montag, den 21. Juli, steht ein großer Transport

bayerischer Zugochsen

bei uns zum Verkauf

Hauptgenossenschaft für Viehverwertung
e. G. m. b. H. (landwirtschaftl. Organisation)
Halle a. S., Delitzscher Straße 8.
Fernruf 6385.

Elektr. Licht- und Kraftanlagen
für Industrie und Landwirtschaft
sowie sämtliche Reparaturen schnell u. preiswert.
: Lager von Motoren jeder Größe :
zu billigsten Preisen.
Paul Gerecke,
Büro für Elektrotechnik
Telephon Nr. 173. **Merseburg** Gotthardtstr. 44

Fahrrad- **Mäntel Schläuche Zubehör u. Ersatzteile**

Reparaturen Emaillieren Vernickeln usw.

Große Auswahl — Mäßige Preise
Max Schneider, Merseburg a. S.
Mechanikermeister. Schmale Straße 19.
Telephon 479.

Vertrauenswerte Herren,
auch abgebaute Beamte, die einträgliche Haupt- oder Nebenbeschäftigung suchen, belieben sich zu melden:
Gisela - Verein Dresden,
Gr. Zwingerstraße 13.

Guterhaltene
Nähmaschine
zu kaufen gesucht. Off. unt. Nr. **236/24** an die Expedition dieses Blattes.

Einige Zentner
Futterkartoffeln
abzugeben. Anfragen
Hälterstraße 4.

Verkaufe
wegzugsh. mein schönes
Wohnhaus
(2 Wohng.) mit prächtig. Obstgarten, Stall u. Hof. Ruhesitz für Geschäftsm. od. Beamten, auch f. Vertreter, Zahnarzt, Maler passend. 6 Wohnräume sofort beziehbar. 5000 M bar und 10 000 M bill Hypothek.
Frau Dannhauer, Querfurt, Kirchplan 6.

Nationalkassen
(beide Nummern erhalten)
Wagner, Berlin!

---

1 Mädchen d. perfekt koch. kann und
1 Mädchen f. Hausarbeit u. Kind gesucht. Meldungen an **Frau Reg.-Baumstr. Kleinböhl, Neu-Rössen, An der Bahn 1.**

Ein ehrliches ordentl.
Dienstmädchen
gesucht **Herm. Lehmann** Landwirt, **Mücheln (Bez. Halle)**

---

2 Mädchen
zum 1. August gesucht.
A. Raundorf, Starsiedel

1—2 einfach
möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit von jg. Ehepaar p. 1. 8. gesucht. Angeb. m. Pr. unt. N. 50 an d. Fil. Gotthardstr. 38.

Wer gibt jungem Ehepaar
2 leere Räume
mit Kochgelegenheit. Off. unt. „**Dringend**" an die Expedition dieses Blattes.

Jung. Handwerker sucht für sofort
möbliertes Zimmer
Ang. unt. **H. L.** an die Filiale Gotthardtstr. 38.

Ein dreifaches Hoch
rufen wir Herrn **K. H.** anläßlich seines heutigen Wiegenfestes zu.
Anna und Marie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 169 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 21. Juli 1924.

Amtliche Bekanntmachungen des Landratsamtes.

Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund der Ausführungsverordnung vom 13. März 1924 hat der Herr Regierungspräsident bestimmt, daß landwirtschaftliche Arbeitnehmer von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit werden können, wenn sie außerdem Besitzer oder Pächter eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes von 6—8 Morgen (bei geringem Boden), 4—6 Morgen (bei mittlerem Boden), 2—4 Morgen (bei gutem Boden) sind. Anträge auf Befreiung sind durch die Gemeindebehörde an mich einzureichen.

Merseburg, den 8. Juli 1924.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betrifft: Aufhebung von Handelsbeschränkungen.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 26. Juni 1924 — R.G.Bl. S. 661 — sind die in der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 — R.G.Bl. S. 706 — enthaltenen Bestimmungen über Handelserlaubnis für Lebens- und Futtermittel einschl. Kartoffeln und Ankaufserlaubnis für Kartoffeln, Butter, Käse und Eier sowie Abschnitt II der Verordnung über Zucker vom 9. Oktober 1923 — R.G.Bl. I S. 936 — mit Wirkung vom 1 Juli 1924 aufgehoben. Die hier noch schwebenden Anträge werden als erledigt angesehen. Die eingereichten Lichtbilder stelle ich den Antragstellern in nächster Zeit durch die Ortspolizeibehörden zu. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 13. Juli 1923 — R.G.Bl. S. 715 — in Kraft bleibt.

Merseburg, den 10. Juli 1924. **Der Landrat.**

Oeffentliche Umzüge.

In letzter Zeit sind wiederholt die nach meiner Befürwortung vom Herrn Regierungspräsidenten genehmigten öffentlichen Umzüge usw. im Widerspruch mit der vom Antragsteller gegebenen Begründung zu politischen Kundgebungen benutzt worden. Die Herren Polizeiverwalter und Landjägerbeamten des Kreises bitte ich, mit allem Nachdruck gegen derartige Verstöße einzuschreiten. Sollten zukünftig diese Mißstände wieder auftreten, so bin ich nicht mehr in der Lage, öffentliche Umzüge dem Herrn Regierungspräsidenten zur Genehmigung vorzuschlagen.

Merseburg, den 17. Juli 1924. **Der Landrat.**

Gewerbesteuer.

Vor einigen Tagen sind den Herren Gemeindevorstehern und den in Frage kommenden Gutsvorstehern weitere Vordrucke zu den Voranmeldungen zur Gewerbesteuer zugegangen. Sie sind für die Vorauszahlungen für das 2. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1924 bestimmt und den Steuerpflichtigen auszuhändigen. Etwaiger weiterer Bedarf ist umgehend anzumelden.

Merseburg, den 17. Juli 1924.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Polizeiverordnung, betreffend die Genehmigung von Anlagen und Bauten an Wasserläufen.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265), des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) und der §§ 348 und 22 des preußischen Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Ges.-S. S. 53) in Verbindung mit der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (R.-G. Bl. S. 44) wird zur Verminderung der Gefahren, welche durch die bei starken Niederschlägen zum Abfluß kommenden Wassermengen hervorgerufen werden, mit Zustimmung des Kreisausschusses für den Landkreis Merseburg angeordnet:

§ 1. Alle Anlagen und Bauten innerhalb eines Gebietsstreifens von je 10 Meter Breite zu beiden Ufern der nachstehend bezeichneten Wasserläufe bedürfen der Genehmigung der Wasserpolizeibehörde: 1. Die Laucha in den Gemarkungen Schafstädt, Gr.-Gräfendorf, Schotterey, St. Ulrich-Lauchstädt, Kl.-Lauchstädt, Milzau, Netzschkau, Bündorf, Knapendorf, und Schkopau. 2. Die schwarze Eiche in dem Gemarkungen Nieder-Wünsch, Ober- und Niederclobicau, Wünschendorf, Reinsdorf, Raschwitz, Krakau; Kl.-Gräfendorf; Schadendorf, Burgstaden, Ober- und Unter Kriegstedt, Bischdorf, Milzau und Netzschkau. 3. Der westlich Dörstewitz entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in den Gemarkungen Dörstewitz und Corbetha. 4. Der westlich von Delitz a. Berge entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in den Gemarkungen Delitz und Holleben. 5. Der nördlich Delitz a. Berge „In der Mühle" entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in den Gemarkungen Delitz a. Berge und Holleben. 6. Der westlich von Holleben entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in der Gemarkung Holleben. 7. Der westlich von Schlettau in der „Sauren Breite" entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in der Gemarkung Schlettau. 8. Der südöstlich von Pissen entspringende Wasserlauf dritter Ordnung (ohne Namen) in den Gemarkungen Pissen, Witzschersdorf und Schladebach.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Goldmark oder dementsprechender Haft bestraft.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 26. April 1924. **Der Landrat.**

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18, ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 R.G.Bl. S. 519 mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte a) der Zuckerfabrik Körbisdorf, A.-G. in Körbisdorf, b) des Landwirts Willi Schmidt in Creypau bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für die Sperrbezirke treten die in den §§ 1—4, 6 und 7 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 — veröffentlicht in Stück 29 Seite 210 des Amtsblattes der Preuß. Regierung in Merseburg und in Stück 58 Nr. 416 der amtlichen Anzeigen für den Kreis Merseburg — getroffenen Anordnungen in Kraft.

Ferner treten für das Gebiet der Amtsbezirke Frankleben und Dürrenberg die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 14. September 1922 — veröffentlicht in Stück 39, Seite 210 des Amtsblattes der Preuß. Regierung in Merseburg und in Stück 45 Nr. 216 des Kreisamtsblattes — getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 16. Juli 1924. **Der Landrat.**

Enteignung von Grundeigentum.

Zur Feststellung der Entschädigung für das zur Gewinnung einwandfreien Trinkwassers für die Stadt Merseburg dauernd zu beschränkende, in der Gemeinde Leuna Ockendorf belegene Grundeigentum habe ich Termin auf Freitag, den 1. August 1924, vormittags 8,15 Uhr anberaumt. Treffpunkt an der Gemarkungsgrenze zwischen Leuna-Ockendorf und Rössen an dem Wege von Leuna nach Rössen.

Alle Beteiligten werden gemäß § 25 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) aufgefordert, ihre Rechte im Termin wahrzunehmen. Beim Ausbleiben wird ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der Entschädigung verfügt werden. Die zu beschränkenden Grundstücke können bei dem Gemeindevorsteher in Leuna-Ockendorf erfragt werden.

Merseburg, den 9. Juli 1924.

Der Enteignungskommissar.

v. Goßler, Regierungs-Assessor.

Betrifft: Straßensperrung.

Die Fahrbahn der Provinzialstraße Halle—Leipzig wird von Km. 15,5—16,6 km von Montag, den 21. Juli d. Js. ab wegen Neudeckung gesperrt werden. Der Verkehr kann über den Sommerweg gehen.

Merseburg, den 16. Juli 1924. **Der Landrat.**

Polizeiverordnung betreffend das Betreten der Feldmarken.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, G.S. S. 195, des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 Gesetzsammlung Seite 265, und des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880, GS. S. 230, wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Das Betreten der Feldfluren außerhalb der öffentlichen Kommunikationswege ist in den Monaten Mai, Juni, Juli, August, in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit, spätestens von 9 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühstens 5 Uhr, verboten. Ausnahmen sind nur zulässig mit besonderer schriftlicher Erlaubnis der (Gemeindebehörden) Ortspolizeibehörden.

§ 2.

Jede Uebertretung der vorstehenden Bestimmung wird, soweit nicht nach allgemeinen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe von 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.

Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. G

Merseburg, den 14. Juni 1921

Der Regierungspräsident.

Vorstehende Polizeiverordnung wird erneut in Erinnerung gebracht. Die Ortsbehörden ersuche ich, für weitgehendste ortsübliche Bekanntgabe Sorge zu tragen.

Merseburg, den 18. Juli 1924. **Der Landrat.**

Betrifft: Aufstellung der Getreide-, Heu- und Strohdiemen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte verweise ich auf § 13 der Polizeiverordnung über die Feuerpolizei vom 22. September 1899, wonach Getreide-, Heu- und Stroh diemen so aufgestellt sein müssen, daß sie mindestens 100 Meter von der Umfassung der zunächst liegenden Gebäude 15 Meter von öffentlichen Wegen und gemeinschaftlichen Wirtschaftswegen, 330 Meter von Pulverhäusern und 60 Meter von Nadelholzmaldungen entfernt sind. Bei Diemen mit einem Inhalt von mehr als 200 Schock Getreide oder Stroh sind die oben vorgeschriebenen Entfernungen zu verdoppeln.

Merseburg, den 18. Juli 1924. **Der Landrat.**

Die Gesetze der Woche.

Allgemeine Verwaltung:

Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener vom 8. 7. 1924 (Reichsgesetzblatt vom 11. 7. 1924) erhält der § 1 der Verordnung über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener vom 14. 6. 1923 mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

„Die Gemeinden des besetzten und unbesetzten Gebietes sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verpflichtet, die aus den besetzten Gebieten verdrängten oder durch unmittelbaren Zwang entfernten oder aus ihren Wohnungen ausgesetzten deutschen Reichsangehörigen und ihre Familien (Ausgewiesene) unterzubringen und alle hierzu erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Die Verpflichtungen bestehen auch dann, wenn Ausgewiesene in das besetzte Gebiet zurückkehren."

Durch Verfügung des Preußischen Ministeriums des Innern vom 10. 7. 1924 betreffend Verwaltungsgebühren und Staatsangehörigkeitssachen (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung Seite 747) werden auf Grund der Reichsverordnung vom 3. 7. 1924 die Verwaltungsgebühren für Staatsangehörigkeitssachen veröffentlicht.

Die neue Prüfungsordnung für Aerzte wird im Reichsministerialblatt Seite 240 ff. bekanntgegeben.

Steuern:

Durch Verordnung über Verzugszuschläge vom 15. 7. 1924 (Reichsanzeiger vom 16. 7. 1924) werden die in Artikel 18 § 1 Absatz 1 Satz 1 festgesetzten Gebühren für nicht rechtzeitige Entrichtung der nach dem Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz, Vermögenssteuergesetz, Erbschaftssteuergesetz, Umsatzsteuergesetz vom 11. 8. 1923 über Erhöhung von Vorauszahlungen, Gesetz über die Rhein- und Ruhrabgabe, Gesetz über die Brotversorgungsabgabe, Gesetz über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse geschuldeten Beträge von 5 Prozent des Rückstandes für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat auf 2 Prozent ermäßigt. Die gleiche Ermäßigung tritt ein in § 21 Absatz 1 Satz 1 der Durchführungsbestimmungen zum Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen vom 29. 2. 1924. Die Verordnung tritt am 20. 7. 1924 in Kraft. Fällt ein hiernach zu behandelnder halber Monat teils vor teils nach diesen Zeitpunkt, so finden bei dem für ihn zu zahlenden Bezugszuschlag die neuen Bestimmungen Anwendung.

Durch Verfügung der zuständigen Preußischen Ministerien vom 12. 7. 1924 betreffend Herabsetzungssteuer (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung Seite 735) wird auf die finanzielle Notlage des deutschen Hotel- und Gastwirtgewerbes hingewiesen. Die Gemeinden werden ersucht, kommunale Beherbergungssteuer von mehr als 10 v. H. möglichst bald jedoch gegebenenfalls auch schrittweise soweit abzubauen, daß in möglichst naher Zeit der Satz von 10 v. H. allgemein den Höchstsatz bildet.

Durch Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für den Umtausch und den Ersatz von Stempel- und Steuerzeichen vom 3. 7. 1924 (Reichsministerialblatt vom 11. 7. 1924) wird bestimmt, daß beim Umtausch und Ersatz von Stempel- und Steuerzeichen eine in die Kasse der Reichsfinanzverwaltung fließende Gebühr erhoben wird, die in den meisten Fällen 0,20 Goldmark für jeden vorgelegten vollen oder angefangenen Bogen mindestens jedoch zusammen 1 Goldmark beträgt. Die diesbezüglichen Tabaksteuerausführungsbestimmungen werden geändert und die entsprechenden Sätze erhöht.

Handel und Verkehr:

Im Deutschen Reichsanzeiger vom 12. 7. 1924 werden eine Anzahl vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen zugelassenen Versicherungsunternehmungen sowie eine Anzahl genehmigter Bestandsveränderungen bekanntgemacht.

Durch eine fünfte Bekanntmachung über die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen und die Abstempelung tschechoslowakischer Wertpapiere gemäß dem mit der tschechoslowakischen Regierung getroffenen Wirtschaftsabkommen vom 12. 7. 1924 (Reichsanzeiger vom 15. 7. 1924) werden die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 21. 8. 1920, 30. 6. 1921 und 23. 6. 1923 ausgedehnt auf die in einem soeben erschienenen Nachtrag 7 zum amtlichen Verzeichnis aufgeführten tschechoslowakischer Wertpapiere. Dieses Nachtragsverzeichnis kann von den Finanzämtern zum Preis von 0,20 Goldmark bezogen werden. Insoweit auf Grund früherer Bekanntmachungen tschechoslowakische Wertpapiere bisher nicht zur Abstempelung gelangt sind, kann die Abstempelung in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bis zum 10. 8. 1924 noch nachträglich erfolgen.

Durch Bekanntmachung zu der bem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste vom 1. 7. 1924 (Reichsgesetzblatt Teil II Seite 157) wird mitgeteilt, daß die Angabe der Liste unter „Deutschland" und „Italien" ergänzt und geändert worden sind. Die Aenderungen und Ergänzungen sind im Reichsverkehrsblatt Abteilung A Nr. 27 enthalten.

Die Deutschnationale Volkspartei zur Lage.

Berlin, 19. Juli. Von deutschnationaler Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Donnerstag nachmittag und am Freitag vormittag eingehend die Lage besprochen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergibt. Mit ernster Sorge sieht die Fraktion dem Ergebnis der Londoner Konferenz entgegen, zu der die deutsche Regierung noch nicht einmal eingeladen worden ist. Wiederum steht also Deutschland vor einem Diktat der alliierten Mächte, dem es sich fügen soll, ohne an den Einzelheiten der zu treffenden Abmachungen entscheidend mitzuwirken. Dabei scheint es, abgesehen von vielen anderen untragbaren Zumutungen, dahin kommen zu sollen, daß Deutschland ungeheuerliche Lasten und Beschränkungen seiner Selbständigkeit auf sich nehmen soll, ohne daß es Sicherheit für die Befreiung von Rhein und Ruhr und dafür erhalten soll, daß weitere sogenannte Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind. Die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete ist bisher nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen, finanziellen und Verwaltungshoheit in dem ganzen besetzten Gebiete scheint in unabsehbare Ferne gerückt. Auf diese Weise kann das von den Sachverständigen vorgeschlagene Abkommen nicht die freiwillige Zustimmung des deutschen Volkes finden, die von den ausländischen Geldgebern zur Voraussetzung der Deutschland zu gewährenden Kredite gemacht wird. Die deutschnationale Reichstagsfraktion jedenfalls ist nicht gewillt, ein Abkommen auf solcher Grundlage zustande kommen zu lassen. Die Maßnahmen, die je nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen von ihr zu ergreifen sind, wurden beraten und vorbereitet.

Aus dem Rechtsausschuß des Reichstags.

Berlin, 19. Juli. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag mit einem kommunistischen Antrag, der allgemeine Amnestie für politische Straftaten fordert. Dieser Antrag wurde von fast sämtlichen Parteien wegen seiner allgemeinen Fassung abgelehnt, im Verlaufe der Debatte wandte sich der bayerische Gesandte Dr. v. Preger dagegen, daß die Urteile der Volksgerichte der bayerischen Justizverwaltung zur Last gelegt werden. Die Gerichte seien völlig unabhängig. — Der Ausschuß vertagte dann die Weiterberatung auf Sonnabend.

Das Programm des Reichstags.

Berlin, 19. Juli. Verlauf und Dauer des nächsten Tagesabschnitts des Reichstags, der am Dienstag beginnen wird lassen sich zurzeit noch nicht übersehen. So wie die Dinge bis jetzt liegen, wird der Reichstag voraussichtlich in der nächsten Woche nur Arbeitsstoff für einige Sitzungstage haben. Dazu gehören neben einer Reihe kleinerer Gesetze, deren erste Beratungen am Dienstag auf der Tagesordnung stehen, vor allem die Anträge, die der Sozialpolitische Ausschuß in den letzten Tagen vorbereitet hat und die sich auf die Erwerbslosenfürsorge, die Renten aus der Reichsversicherungsordnung, die Wochenhilfe, die Fürsorgepflicht der Länder und Gemeinden usw. beziehen, sowie die Anträge, die noch von dem Kriegsbeschädigten-Ausschuß zu erwarten sind. Schwere Kämpfe sind außerdem in der nächsten Woche mit den Kommunisten zu erwarten, die gegen die Durchsuchung ihrer Schränke Protest eingelegt haben, ferner wegen der Behaftung des kommunistischen Abgeordneten Thälmann und wegen der Aenderung der Geschäftsordnung über die Zusammensetzung der Ausschüsse, die vom Auswärtigen Ausschuß zum Antrag gebracht ist, weil die Kommunisten sich nicht zur Wahrung des Ausschußgeheimnisses verpflichtet haben. Wann die zum Sachverständigen-Gutachten gehörenden Gesetze den Reichstag beschäftigen werden, läßt sich natürlich auch noch nicht bestimmen, weil ja der Zeitpunkt der Einbringung dieser Gesetze von dem Verlauf der Verhandlungen in der Reparationskommission und von dem Ausgang der Londoner Konferenz abhängt. Viel Zeit werden diese Gesetze im Reichstag kaum in Anspruch nehmen, da es sich nur um Annahme oder Ablehnung handeln kann. Es wird immerhin noch damit gerechnet, daß der Reichstag in den ersten Tagen des August die längere Sommerpause eintreten lassen kann.

Das Wüten der Kriegsgerichte.

Dortmund, 19. Juli. Vor dem französischen Kriegsgericht standen gestern der Studienrat Dr. H. Irle, der Kaufmann Heinrich Westerkamp und der Bürobeamte Arthur Westerkamp. Dr. Irle, der Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei in Wattenscheid ist, sowie den übrigen Angeklagten wurde vorgeworfen, der Bismarck-Jugend, d. h. der Jugendgruppe der Deutschnationalen Volkspartei anzugehören. Der Bismarck-Bund ist verboten. Dr. Irle führte aus, der Bismarck-Bund sei zwar verboten, die Bismarck-Jugend sei aber eine andere Organisation, die Kulturarbeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0005

leiste. Das bewiesen die in ihr Arbeitsprogramm eingesetzten beiden Vorträge über Aestethik und das deutsche Volkslied. Der Verteidiger wies darauf hin, daß das Arbeitsprogramm der Jugendgruppe keinerlei feindselige Haltung gegenüber den Besatzungstruppen zeige. Dr. Irle betonte, er sei Sohn eines Missionars auf Sumatra. Er sei Idealist und frei von jedem Haß. Das Gericht verurteilte Dr. Irle zu einem Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Heinrich und Arthur Westerkamp zu je einem Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Zwei nicht erschienene Angeklagte, Dirpke und Wöllenweber wurden zu einem Jahr Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vor dem Kriegsgericht ist gegen die Kriminalbeamten Gustav Blum, Johann Gorski, Anton Gusek und Wienkott, sämtlich aus Bochum, wegen Spionageverdachts unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt worden. Es wurden verurteilt Blum zu 14 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe (die 14 Monate Gefängnis sind durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten), Wienkott, der nicht erschienen war, zu fünf Jahren Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe; Gusek und Gorski erhielten je einen Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Amerikas größtes Unterseeboot.

Newyork, 19. Juli. Das größte Unterseeboot der amerikanischen Kriegsmarine ist heut evon der staatlichen Werft zu Portsmouth, Newhampshire, vom Stapel gelaufen. Es ist 341½ Fuß lang. Seine größte Breite beträgt 27½ Fuß. Der Operationsradius und die Schnelligkeit des Bootes sind dieselben wie die der Schiffe der Schlachtflotte. Es heißt, daß das neue U-Boot in der Lage ist, über den Atlantischen Ozean und zurück zu fahren, ohne Brennmaterial nachfüllen zu müssen. Ebenso kann es alle notwendigen Nahrungs- und Betriebsmittel für eine solche Fahrt mit sich führen. Acht ähnliche U-Boote befinden sich zurzeit im Bau.

Die Ernährungsministerkonferenz.

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder hatte diesmal eine ganz besonders umfangreiche und wichtige Tagesordnung. Die Vormittagssitzung beschäftigte sich im wesentlichen mit den augenblicklich brennendsten Fragen der Bewältigung der Erntearbeiten und der ersten Bewegung der Ernte nach der Einbringung. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten Ausführungen über die finanzielle Ueberlastung der Landwirtschaft im Reich. Die Erledigung der wichtigen Fragen der Erntearbeiten selbst war bereits in der Agrarprogrammrede des Reichsernährungsministers angedeutet worden. Gewisse Vorbereitungen sollen auch inzwischen getroffen sein und man darf hoffen, daß nun endlich die erforderlichen Kredite zur Verfügung gestellt werden, vor allem unter anderem auch für den Weinbau im besetzten Gebiet, dessen Notlage infolge der Zollpraktiken der Franzosen besonders groß ist. Es ist sowieso schon reichlich spät. Die Ermöglichung der Verwertung der Ernteerzeugnisse spielt die nächstwichtigste Rolle, und bei diesem Thema ergab sich bereits die Ueberleitung zu den grundsätzlichen Verhandlungen des Nachmittags, in denen über die Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für die Landwirtschaft im Reiche und in den Ländern beraten wurde. Den Kernpunkt dieses Programms bildet naturgemäß die Frage der Zollpolitik.

Kommende Eisenbahn-Kleinstaaterei.

Zu den an dieser Stelle abgedruckten Auslassungen des Reichs-Landbundes über die voraussichtlichen Wirkungen des Sachverständigengutachtens wird uns aus Fachkreisen zustimmend geschrieben:

„Es wird sehr schwer sein, die deutsche Wirtschaft zu sichern vor dem Eisenbahnregime, das in Aussicht steht. Schon jetzt ergibt sich, daß die Teilung des deutschen Eisenbahnnetzes in mehrere Gruppen in Aussicht steht, von denen eine unter französisch-belgischem Einfluß verwaltet wird. Wir stehen also vor einem Rückfall in die Kleinstaaterei im Eisenbahnwesen, wie sie in anderer Form vor 50 Jahren geherrscht hat.“

Siedlung und Eigentum.

Gegen die Besiedlung wird immer wieder geltend gemacht, sie sei mit der Unverletzlichkeit des Eigentums unvereinbar. Dabei muß im Einklang mit der Landbundauffassung wohl jeder zugeben, daß es keine Schwächung, sondern eine Stärkung des Eigentumsbegriffes bedeutet, wenn an Stelle eines verpachteten Gutes, dessen Eigentümer nicht auf der Scholle weilt, dreißig oder vierzig Bauernwirtschaften treten, die von ihren Besitzern mit ihrer Hände Arbeit bewirtschaftet werden. Ein schwieriger Punkt ist die Frage der Enteignung. Grundsätzlich steht der völkische Gedanke der Enteignung feindlich gegenüber, weil er das private Eigentum anerkennt. Aber sein zweiter Grundsatz lautet: Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Wo es also im Interesse des Volksganzen unumgänglich geboten ist, darf auch vor der Enteignung nicht zurückgeschreckt werden. Augenblicklich besteht die Möglichkeit, Güter freihändig zu erwerben. Es kommt also im allgemeinen eine Enteignung nicht in Frage zlung von Oedland sodann die Inanspruchnahme von Teiwei Fälle jedoch sind Ausnahmen: Einmal die Besiedelen des Latifundienbesitzes in den Grenzkreisen zur Schaffung des Bauernwalles in der Ostmark. Hier ist das wirtschaftspolitische und machtpolitische Interesse des deutschen Volkes so überragend, daß in vernünftigen Grenzen das Land im Wege der Enteignung in Anspruch genommen werden muß, wenn es auf andere Weise nicht zu haben ist. Daß dabei auf die Interessen des einzelnen so weit wie möglich Rücksicht zu nehmen ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Vor allem ist zu verlangen, daß der wirkliche Wert der enteigneten Grundstücke ersetzt wird und nicht, wie das in den verflossenen Jahren bisweilen der Fall war, unter dem Druck der Enteignung dem Latifundienbesitzer einzelne Teile zu einem ausnahmsweise billigen Preise genommen werden. Staatswichtige Aufgaben dürfen nicht auf Geschenke einzelner gestützt werden. Wer zu viel hat, dem kann sein Ueberfluß nur im Wege der Besteuerung genommen werden, alles andere untergräbt das Rechtsgefühl.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Die Böllberger Vorgänge.

Die Zeugen-Aussagen. — Das Urteil.

Halle, 19. Juli. Der zweite Verhandlungstag gegen die an den Böllberger Unruhen beteiligten Kommunisten gibt ein deutliches Bild von den Aufmarschplänen der Kommunisten. Landjäger Torgau aus Groß-Kugel berichtet, daß am 10. Mai abends Radfahrer nach dem Dorf gekommen seien und erklärt hätten, daß sie Quartiere für 2000 Mann belegen müßten. Der Gasthof wurde besetzt und außerdem Wachen an die Dorfeingänge gestellt. Durch Straßenpatrouillen wurde jeder Verkehr unterbunden. In der Nacht hat man Autos angehalten und ist dann gegen 3 Uhr morgens in der Richtung nach Gröbersdorf abmarschiert. Oberlandjäger Herz hat den Zug in Wörmlitz an seiner Wohnung vorbeiziehen sehen. Kurz darauf begann die Schießerei in Böllberg und die Massen fluteten zurück. Man fand nachher Handgranaten, Pistolen, Seitengewehre und Schlagringe. Bei der Zeugin Schmidt waren 30 Berliner Sanitäter und zwei Berliner Aerzte in der Nacht zum 12. Mai untergebracht. Oberleutnant Still von der Polizei in Merseburg gibt noch an, daß die aufmarschierenden Züge durch Radfahrerpatrouillen sich Verbindung untereinander erhielten. Außerdem hat er beobachtet, daß überall Sanitätstrupps verteilt waren. Aehnliche Angaben macht der Oberleutnant Rothe-Merseburg, dessen Abteilung den ersten Zusammenstoß in Böllberg hatte. Er gibt an, daß bei dem Versuche der Polizei, Verwundete zu bergen, die Polizei beschossen worden ist. Auch aus den Häusern fielen Schüsse und

auf Verwundete wurde mit Karabinern und Stöcken eingeschlagen.

Wachtmeister Gatte aus Magdeburg hatte versucht, mit einer Gruppe Beamter die Straße zu reinigen. Da die Abteilung befürchten mußte, umgangen zu werden, zog sie sich zurück und forderte die Kommunisten auf, auseinanderzugehen.

Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß.

Erst daraufhin ist seitens der Polizei der Befehl zum Feuern gegeben worden. In diesem Augenblick hat der Zeuge einen Schuß erhalten und brach zusammen. Dann **stürzten sich 5 Mann auf ihn, schlugen ihn mit einem Karabiner, gaben ihm Messerstiche ins Genick und Stockschläge über das Gesicht.**

Den Angeklagten Jahn will der Zeuge als den wiederwiedererkennen, der ihn mit einem Stocke geschlagen hat. Aehnlich ist es dem Zeugen Wachtmeister Bernsdorf ergangen. Er erhielt zunächst Steinwürfe aus einem Fenster, dann

zwei Stiche in den Kopf, einen Schuß in die Brust

und schließlich, als er sich mit der linken Hand verteidigen wollte, einen Schuß in den linken Ellenbogen. Der Zeuge Unterwachtmeister Nietze erkennt den Angeklagten Berndt bestimmt als einen derjenigen wieder, die in den vordersten Reihen gestanden haben.

Weitere Zeugen sagen übereinstimmend aus, daß der erste Schuß von seiten der Kommunisten abgegeben worden ist und daß

die Kommunisten die Schutzpolizei dauernd provoziert

hätten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Heusser betont in seiner Anklagerede, daß es als erwiesen anzusehen sei, daß die Kommunisten keine friedliche Demonstration beabsichtigten. Dafür zeugten schon die zahlreichen Sanitätsmannschaften, auch das Heranziehen auswärtiger Kommunisten das typisch sei für solche Unternehmungen, bei denen stets Unbekannte vorgeschoben würden. Sämtliche Teilnehmer an dem Zuge haben sich des Aufruhrs schuldig zgemacht. Er beantragt, alle Angeklagten mit Ausnahme von Schulz und Heber zu bestrafen und zwar beantragt er

Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahre zwei Monaten

gegen Jahn aber, der sich durch das Einschlagen auf Verwundete besonderer Rohheit schuldig gemacht hat, vier Jahre Zuchthaus.

Der erste Verteidiger R.-A. Dr. Barabach-Berlin betont, daß es sich um einen hochpolitischen Prozeß handele. Er betrachtet es als erwiesen, daß die Provokationen von den vaterländischen Verbänden ausgegangen seien. Er beantragt schließlich Freisprechung. Zu dem gleichen Antrag kommt der Verteidiger Dr. Müller-Halle.

Nach vierstündiger Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil:

Wesemann 6 Monate Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe, Zimmermann 100 Mark Geldstrafe, Seibold 6 Monate Gefängnis, Netzer 6 Monate Gefängnis, Ellrich 7 Monate Gefängnis, Berndt 6 Monate Gefängnis, Wüstemann 6 Monate Gefängnis, Merker 6 Monate Gefängnis, Morgenstern 100 Mark Geldstrafe, Müller 1 Jahr Gefängnis, Schober 8 Mon. Gefängnis, Jahn 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Kuntze 7 Monate Gefängnis, Schulz und Heber wurden freigesprochen.

Bei der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. aus, das Gericht sei zu der Ansicht gekommen, daß es sich nicht um eine friedliche Demonstration handelte, sondern daß die Kommunisten mit der vollen Absicht nach Halle kamen, die Feier zu stören. Das ergibt sich aus dem Programm. Ferner ist ein Teil der Kommunisten bewaffnet gewesen. Entscheidend sind auch die Pressestimmen, vor allem des „Klassenkampfes“, wonach ein Zusammenstoß beabsichtigt wurde. Die Polizei hat ihre Pflicht tadellos erfüllt, die Schuld an dem Zusammenstoß tragen allein die Kommunisten. Sicher ist, daß die Rädelsführer nicht auf der Anklagebank sitzen, da sitzen nur die Verführten.

Aus aller Welt.

London 18. Juli. (Der englische Weltrundflieger wieder aufgefunden.) Wie Reuter berichtet, ist der englische Weltrundflieger Mac Laren, nachdem er zwei Tage vermißt gewesen war, in einer Bucht an der Westküste der Insel Oruppu wohlbehalten aufgefunden worden.

Lemberg, 18. Juli. (Auf der Tagung des Invalidenkongresses) für Polen in Lemberg trat unter vielen Rednern, die die polnische Regierung wegen der unwürdigen und schlechten Behandlung der Invaliden heftig angegriffen, ein junger Mann auf, der sich in besonders leidenschaftlichen Anklagen erging. Plötzlich zog er während seiner Rede einen Revolver hervor und schoß sich vor den Augen der entsetzten Zuhörer eine Kugel in den Kopf. Er brach sofort tot zusammen.

Kunst und Wissenschaft

Entzifferung des ältesten Musikstückes. In der Berliner Akademie der Wissenschaften legte Geheimrat Stumpf einen kurzen Vorbericht von Prof. Dr. Kurt Sachs, dem Musikhistoriker an der Berliner Universität, vor, dem es gelungen ist, zum ersten Male eine babylonische Notenschrift zu entziffern. Diese Notenschrift besteht aus Keil- Ideogrammen mit Silbenbedeutung, die sich auf einer Tontafel aus Assur im Berliner Museum neben einer sumerischen Dichtung und ihrer assyrischen Uebersetzung fanden. Die Musik, die wohl dem 2. Jahrtausend v. Chr. entstammt, ist großstufig herb und sehr entwickelt. Sie meidet den Halbtonschritt, verwendet aber vier ineinandergeschachtelte Fünftonleitern. Die begleitende achtzehnsaitige Harfe benutzt reichlich Doppelgriffe. In seiner ganzen Art erinnert das Stück auffallend an chinesische Musik. Seine besondere Bedeutung liegt darin, daß es nicht nur die erste Kunde von babylonischer Tonkunst gibt, sondern überhaupt von der Musik eines nichtgriechischen Altertumsvolkes und einer vorgriechischen Zeit.

Turnen, Spiel und Sport.

Saalegautag in Halle.

Des Saalegaues Sommertagung nahm einen im allgemeinen durchaus befriedigenden Verlauf, die nicht unansehnliche Tagesordnung wurde innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt, wobei größere Debatten nicht in Erscheinung traten. Zu Beginn der sehr gut besuchten Tagung (34 Vereine mit 107 Stimmen) gab es einige Ehrungen für verdienstvolle Gaubeamte und alte Spieler. Die Gau-Ehrennadel wurde verliehen: Dem Verbandsvorsitzenden Hädicke (96), den Gauvorstandsmitgliedern Busch (Wacker), Sternatz (98), Pirl (Vor.) und Biebach (VfL.-Merseburg), ferner den bewährten Fußballkämpen Gäbelein (98), Rackwitz (Wacker), Dewitz (Spfr.), Förderer (96), Lippold (Olympia) und Lorenz (Eintr.). Nach Entlastung des Kassierers und Erteilung des im allgemeinen erfreulichen Jahresberichtes schritt man zur Neuwahl des Gauvorstandes, der mit einigen Aenderungen wie folgt wiedergewählt würde: 1. Vorsitzender Busch (Wa.), 2. Vorsitzender: Herm (96), Schriftführer: Großmann (Pr.-Komet) und Biebach (VfL.-M.), Kassierer Sternatz (98). Beisitzer: Otto (Vor.), Voigt (1910), Genscher (Amdf.) und Winkler (Spfrde). Die Ausschüsse setzen sich zusammen aus: Schiedsrichter-Ausschuß: Hohl (Spfr.), Pirl (Vor.), Rühle (99), Nilius (Spbr.), Böttger (96), Städteausschuß: Riemer (Vor.), Morgenstern (Wa.), Kühn (98). Den repräsentativen Städtespielen soll im neuen Spieljahr mehr Beachtung geschenkt werden.

Bei Punkt Klasseneinteilung fürs neue Spieljahr lagen zwei Anträge auf Erhöhung der Liga vor; beide bezweckten eine Zehnerliga, während der Gauvorstand von sich aus die Zahl 9 beibehalten wissen wollte. Beide Anträge (Pr.-Komet und Neumark) verfielen der Ablehnung; 44 dafür, 66 dagegen, die alten Ligavereine hatten sich also geschlossen gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Es bleibt dennoch bei der alten Einteilung.

Der Rest der Tagesordnung brachte noch einige Anträge des Jugend- und Städteausschusses sowie einige Anträge aus der Versammlung, die im allgemeinen bald erledigt wurden. Wichtige Neuerungen wurden nicht mehr beschlossen, so daß der Vorsitzende um ½2 Uhr mittags die Tagung schließen konnte.

Sp. V. 99. (Hockey) in Danzig siegreich!

(Eigene Drahtmeldung.)

Soeben erhalten wir von der 1. Hockeymannschaft des Sportvereins 99, die sich seit Donnerstag im fernen Ostpreußen befindet, das erste Lebenszeichen, das folgenden glänzenden Erfolg des gestrigen Sonntags meldet:

Zoppot, den 20. 7. abends 7.50 Uhr: Merseburg gewinnt Pokaltournier in der Zoppoter Sportwoche. Mannschaft mit Klappenbach, Dr. Wuttke, R. Schütze, W. Weber, Oels, Rheinwein, Neupert Friedrich, Wendrich, G. Vollrath, G. Weber in prächtiger Verfassung: Einzelheiten folgen.

Damit hat 99 Merseburgs Farben aufs würdigste vertreten. Die Mannschaft hat trotz mehrfachen Ersatzes am gestrigen Tag zwei Spiele (wahrscheinlich gegen H. A. Danzig und Sportv. Marienwerder als ostdeutscher Meister) absolviert und beide gewonnen — eine bessere Vertretung in der berühmten Zoppoter Sportwoche konnten wir uns nicht wünschen. Sobald uns Einzelheiten zugehen, lassen wir diese folgen.

Leichtathletik.

Sportv. 99 und VfL. in Jena erfolgreich.

Beim Jugend- und Damensportfest des VfB. Jena errangen gestern Merseburgs Vertreter wieder einige schöne Erfolge. In erster Linie ist der glänzende Sieg von Haferburg (99) im 800-Meter-Lauf (Klasse 07) zu nennen, der in hervorragendem Rennen seinen Gegner vom Berliner Sportklub nach schärfstem Kampf um Brustbreite schlug; es war ein ungemein scharfes Duell, wohl das schönste und spannendste Rennen des Tages! Haferburg lief die 800 Meter in der für Jugendliche fabelhaften Zeit von 2.09 (!!) Min., wenn man bedenkt, daß die Saalegaumeisterschaft (Herren) mit 2.08 gewonnen wurde, dann ist diese Zeit des gestrigen Siegers unerreicht gut. — Frl. Kirchner (VfL.) wurde bei stärkster Konkurrenz im 100-Meter-Lauf zweite, wobei sie mit der dritten im toten Rennen endete. M. Schulz (99) wurde im 800-Meter-Lauf dritter, Krauße (99) ebenda vierter. Weschke (99) erkämpfte sich über 100 Meter ebenfalls den 4. Platz und die aus drei verschiedenen Jahrgänge zusammengestellte 9 mal 100-Meter-Staffel von 99 den dritten Platz.

Straßenrennen in Halle.

Gestern, Sonntag veranstaltete der Radfahrer-Klub Adler von 1897 in Halle ein Straßenrennen „Großer Straßenpreis“ von Halle: Es starrteten 30 Fahrer aus Halle, Leipzig, Bernburg, Kemberg, Dessau, Aschersleben, Sangerhausen und Lützen. Die Strecke, 200 Kilometer führte von Halle-Diemitz über Holzweißig—Dessau—Aken—Cöthen—Bernburg—Könnern—Halle, wo eine Zangspause vo n10 Min. stattfand, dann ging die Fahrt weiter über Delitzsch—Holzweißig—Brehner zurück nach Halle—Diemitz. Meißner-Halle und Holzhausen-Kemberg führten von Anfang bis zum Schlusse Aßmann-Halle, der lange an 6. Stelle fuhr, rückte in der letzten Rundstrecke gewaltig vor, so daß er als dritter durchs Ziel gng.

Das Ergebnis des Rennens ist folgendes: 1. Preis Meißner-Halle (R. C. Deutschland) 7 Std. 26 Min., 2. W. Holzhausen-Kemberg (R. V. Argo) ½ Radlänge später, 3. M. Aßmann-Halle (R. C. Adler), 4. Scheinemanns Bernburg (R. V. Askania). Von den 30 Fahrern, die starrteten, gingen 17 durchs Ziel. Meißner erhält somit den Gausonderpreis des Gaues Halle-Dessau.

Handel und Verkehr.

Produktenmarkt.

Berlin, 19. Juli. Heute setzte sich die schwächere Tendenz von gestern fort. Die matteren Uebersee-Meldungen verursachten stärkere Zurückhaltung der Käufer. Die Preise von Weizen und Hafer, namentlich aber auch Roggen gaben weiter nach, auch Mehl zeigte mattere Haltung.

Butternotierung: 1. Qualität 1.70, 2. 1.50, abfallende 1.35 Goldmark je Pfund.

Eiermarkt: Berlin 9—14, Sachsen 9—12, Schlesien 8—11 Goldpfennig je Stück.

Leipzig, 19. Juli. Weizen inl. 166—176, Roggen inl. 154—164, Gerste, Sommer inl. 160—170, do. Wintergerste 150—160, Hafer inl. 150—160, Mais amerik. 165—175, Raps 220—240.

Preise für 1000 Kilo frachtfrei Leipzig in Goldmark.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 19. Juli.

Auftrieb: 2292 Rinder (498 Bullen, 643 Ochsen, 1151 Kühe und Färsen), 1630 Kälber, 7546 Schafe, 7678 Schweine, 6 Ziegen und 127 ausländ. Schweine. Es notierten: Ochsen: 1. 40—45, 2. 35—38, 3. 30—34, 4. 25—28. Bullen: 1. 38—40, 2. 37—38, 3. 28—32. Färsen und Kühe: 1. und 2. 35—44, 3. 28—32, 4. 22—26, 5. 15—18, 6. 26—28, Kälber: 1. und 2. 52—60, 3. 42—50, 4. 32—40, 5. 25—30. Schafe: 1.45—53, 2. 33—40, 3. 20—30. Weidemastschafe: 1. 53—55, do. 2. 50, Schweine: 1. und 2. 58—59, 3. 56—57, 4. 52—55, 5. 50—52—48, 6. 50—55. Ziegen: 15—20. — Marktverlauf: Rinder und Schafe: ziemlich glatt; Kälber und Schweine ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240721-11/fragment/page=0006